

GEWERKSCHAFTEN BEKLAGEN BEHINDERUNGEN VON BETRIEBSRÄTEN UND IHRER ARBEIT

KAB: Arbeit 4.0 braucht Betriebsrat 4.0

Arbeitnehmervertreter und Arbeitnehmervertreterinnen werden immer häufiger in ihrer Arbeit behindert. Dies beklagt der Deutsche Gewerkschaftsbund. Die KAB Deutschlands meldet sich daher mit dem Slogan „Macht. Betriebsräte. Mächtig.“ zu Wort.

„Wer Betriebsräte in ihrer Arbeit behindert, macht sich strafbar“, erklärte jüngst DGB-Chef Reiner Hoffmann. So wurden IG-Bau-Gewerkschafter bei einem niedersächsischen Unternehmen gekündigt, nachdem sie zur Wahlveranstaltung aufgerufen hatten. Auch wenn die gekündigten Arbeitnehmer vor dem Arbeitsgericht Recht bekamen, scheinen „Unternehmen diese Behinderungen von Betriebsräten als neuen Volkssport zu sehen“, betonte DGB-Chef Hoffmann, der eine härtere Strafverfolgung fordert. Auch wenn laut Gesetz die Behinderung von Betriebsräten eine Straftat ist und bis zu einem Jahr Gefängnis droht, werden seitens der Staatsanwaltschaft diese Vergehen praktisch nicht verfolgt. Bundesweit finden bis zum 31. Mai Betriebsratswahlen statt. Beschäftigte in über 28.000 Betrieben sind aufgerufen, ihre Arbeitnehmervertreterinnen und -vertreter zu wählen. Mit knapp 77 Prozent Wahlbeteiligung liegen die Betriebsratswahlen über der Bundestagswahl. „Um den Arbeitnehmervertretungen ein klares und starkes Mandat zu geben, rufen wir alle Arbeitnehmer auf, sich an den Betriebsratswahlen zu beteiligen“, so KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmmer-Bensmann. „Eine geschlossene Belegschaft lässt

Macht.
Betriebsräte.
Mächtig.



Macht. Betriebsräte. Mächtig. – fordert die KAB auf Plakaten

sich nicht spalten und kann ihre Anliegen mit Macht durchsetzen.“

DIE MITBESTIMMUNGSRECHTE JETZT WEITERENTWICKELN

Angesichts der Digitalisierung und der Arbeit 4.0 fordert die KAB Deutschlands den Gesetzgeber auf, die Mitbestimmungsrechte auszubauen und das Betriebsverfassungsgesetz weiterzuentwickeln. Neue Unternehmens- und Beschäftigungsformen sorgen dafür, dass Werksvertragsnehmer und Millionen Netz- und Klickworker keine ausreichenden Arbeits-, Sozial- und Teilhaberechte haben und somit keine Möglichkeiten der Mitbestimmung, geschweige denn eine institutionelle Interessenvertretung im Unternehmen haben. „In einer Wirtschaft 4.0 und einer Arbeitswelt 4.0 brauchen wir auch eine Mitbestimmung 4.0 und einen Betriebsrat 4.0“, erklärte KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmmer-Bensmann zum Auftakt der bundesweiten Betriebsratswahlen Ende März. Die KAB, als katholischer Sozialverband, versteht sich als Brücke zwischen Kirche und Arbeitswelt und trägt mit der Ausbildung und Unterstützung von Betriebs- und Personalräten in Wirtschaft und Verwaltung sowie Mitarbeitervertretungen in kirchlichen Einrichtungen zum Auf- und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland bei. Daher ruft die KAB auch dazu auf, in den Betrieben, wo es noch keine Arbeitnehmer- oder Mitarbeitervertretungen gibt, sich zu organisieren und Arbeitnehmervertretungen zu gründen.

KAB-Materialien für Betriebsratswahlen

Die KAB Deutschlands und die katholische Betriebsseelsorge unterstützen die diesjährigen Betriebsratswahlen. KAB-Vereine können sich von der Homepage der KAB (www.kab.de) unterschiedliche Texte herunterladen. Plakate, Karten und sogenannte „Notfallkarten“ stellen wir Ihnen kostenlos zur Verfügung. Veröffentlichen Sie einen Artikel im Gemeindebrief. Damit machen Sie deutlich, dass die KAB Mitbestimmung und Mitbeteiligung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Betrieb unterstützt.

MIT PLAKATEN WERBEN

Gebetsanregungen und Texte zur Gottesdienstgestaltung mit einem Predigtentwurf können genutzt werden, um in der Pfarrgemeinde das Thema vorzustellen und Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen zu aktivieren, sich an den Wahlen zu beteiligen. Abrufbar von der KAB-Homepage ist auch der gemeinsame Aufruf der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche Deutschlands (siehe auch Impuls, Seite 7). Weitere Texte aus der Katholischen Soziallehre bieten Orientierung für ein Engagement im Betrieb. Die Plakate „Macht. Betriebsräte. Mächtig.“ können als Druck-PDF von der KAB-Homepage heruntergeladen und zum Druck verwendet werden. Die Plakate in verschiedenen Formaten helfen, in der Öffentlichkeit das Thema Betriebsratswahlen zu thematisieren.

Rosen zum Weltfrauentag

KAB-Aktionen erinnern an die Situation der Frauen

Mit einer Dankeschön-Rosen-Aktion hat die KAB Münster auf die aufopferungsvolle und oft schlecht bezahlte Arbeit von Arzthelferinnen aufmerksam gemacht. Zum 8. März, dem Weltfrauentag, suchten KAB-Vertreterinnen Arztpraxen in der Domstadt auf. „Arzthelferinnen verdienen selten genug für eine eigenständige Existenzsicherung“, kritisiert Gertrud Vorholt, KAB-Diözesanvorstandsmitglied.

Der „Arbeitskreis Frauen“ der KAB Bayern erinnerte an das Frauenwahlrecht, das erstmals vor hundert Jahren in Deutschland eingeführt wurde. „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen“, erklärt die KAB Bayern in einem Aufruf zum Weltfrauentag. Der

Arbeitskreis setzt sich für „Parität in den Parlamenten“ ein. Die KAB ist Teil dieses Netzwerkes, das mit einer Verfassungsklage versucht, eine zahlenmäßige Gleichstellung in den Parlamenten herzustellen.

Die Weltbewegung Christlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (WBCA) hat in ihrem Aufruf die immer noch stattfindende sexuelle und wirtschaftliche Ausbeutung von Frauen in vielen Teilen der Erde in den Mittelpunkt des internationalen Weltfrauentages gerückt. Trotz rechtlicher Gleichstellung und Bestrafung fänden Diskriminierungen am Arbeitsplatz, in der Familie und der Gesellschaft statt, kritisierte WBCA-Generalsekretärin Marilea Damasio.

GroKo braucht klaren Zukunftsentwurf

KAB-Bundesausschuss: Koalitionsvertrag muss nachgebessert werden

Das „Ja“ der SPD-Mitglieder zur Großen Koalition wurde von den Delegierten des KAB-Bundesausschusses in Ludwigshafen unterschiedlich gewertet. So begrüßt die KAB Deutschlands einerseits die Ergebnisse des Koalitionsvertrages im Hinblick auf die aktuellen Herausforderungen. Andererseits vermissen die Delegierten des KAB-Bundesausschusses einen klaren Zukunftsentwurf.

„In der Rentenversicherung ist es nicht ausreichend, die doppelten Haltelinien zu beschreiben, wenn die Rente gerecht und zuverlässig sein und vor Altersarmut schützen soll“, so das KAB-Positionspapier zum Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD. Die Delegierten fordern daher notwendige Er-

gänzungen im System, wie es das Capuccino-Rentenmodell der katholischen Verbände beschreibt. Als Zwischenschritte begrüßt die KAB die Grundrente für diejenigen, die Kinder erziehen und in der Angehörigenpflege tätig waren, nach 35 Beitragsjahren in der Grundsicherung mit einem erhöhten Betrag von 10 Prozent abzuschern. Auch im Bereich des Klimaschutzes und des sozialen Schutzes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Umbrüchen der digitalisierten Arbeitswelt bleibe der Koalitionsvertrag hinter den Erwartungen und gesellschaftlichen Notwendigkeiten zurück. Nachbesserungen müsse es bei den sachgrundlosen Befristungen sowie beim Personalschlüssel in der Pflege

geben. Enttäuscht zeigten sich die Delegierten über die Blockade der Union zur Bürgerversicherung. Hier hatte die KAB gehofft, dass sich die SPD-Verprechen im Wahlkampf auch im Koalitionsvertrag niederschlagen.

„Wir fordern die zukünftige Bundesregierung auf, nicht auf halbem Weg stehen zu bleiben, sondern als sogenannte „Große Koalition“ die notwendigen Schritte für eine nachhaltige und gerechte Zukunft mutig anzugehen“, so die KAB Deutschlands, die die SPD an ihren Parteitagsslogan „Eine neue Zeit braucht eine neue Politik!“ erinnert.

Gesamtbewertung des Koalitionsvertrages unter www.kab.de

Jetzt wählen!
Betriebsratswahlen
bis 31. 5. 2018



PROTESTMARSCH ZUM LANDTAG

Die Allianz für den freien Sonntag versucht das „Entfesselungsgesetz“ in NRW zu verhindern.



ARMUT UND ALLEINERZIEHENDE

Thema: Die Situation von Alleinerziehenden in Deutschland hat sich dramatisch verschlechtert.



PFLEGE: AKTIONEN MACHEN MUT

Aktionen der KAB zur Pflege haben Pflegerin Heike Hager überzeugt, sich für Mitarbeiter einzusetzen.





Das ist der größte Fortschritt für das soziale Europa seit Jahren. Europaparlament, die Ratspräsidentschaft und die EU-Kommission haben sich auf eine anspruchsvolle Reform der EU-Entsenderichtlinie geeinigt.

Dafür haben Gewerkschaften, Unternehmen und entsandte Arbeitnehmer/-innen seit Jahren getrommelt. Nun konnte sich das Europaparlament in großen Zügen durchsetzen. Damit wird die Ausbeutung entsandter, in der Regel ausländischer, Arbeitnehmer/-innen zurückgedrängt. Bisher arbeiten etwa in der Pflege und Landwirtschaft, auf dem Bau oder in Schlachtereien viele Arbeitnehmer zu Niedriglöhnen. Viele hausen in schlechten Unterkünften, für die sie auch noch zahlen müssen. Unternehmen mit Ausbeuterlöhnen konkurrieren regelmäßig mit Unternehmen, die ihre Mitarbeiter/-innen anständig behandeln. Dieser unfaire Wettbewerb erzeugt Unmut gegenüber Migration und dem europäischen Binnenmarkt. Dieses Förderprogramm für Europagegner wird nun weit zurückgedrängt. Es gilt: gleicher Lohn für gleiche Arbeit an gleichem Ort. Jetzt werden entsandte Arbeitnehmer/-innen auch von branchenüblichen Tarifverträgen profitieren.

Wermutstropfen ist vor allem, dass der Transportsektor von den neuen Regeln zunächst ausgenommen bleibt. Für die oft unerträglichen Arbeitsbedingungen für etwa Lastwagenfahrer/-innen wird eine eigene EU-Regelung ausgehandelt. Der unfaire Wettbewerb auf dem Rücken der Beschäftigten geht also vorerst weiter.

Sven Giegold
Mitglied der Grünenfraktion im EU-Parlament

IMPRESSUM

112. Jahrgang, Hrsg. KAB Deutschlands
Redaktion und Vertrieb
Matthias Rabbe (verantwortl.), Iris Koglin
Telefon (02 21) 77 22-1 31
Fax (02 21) 77 22-1 35
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln
kab-impuls@ketteler-verlag.de

Ketteler-Verlag GmbH
Geschäftsführer: Alois Nock
Amtsgericht Köln, HRB 34678
Bernhard-Letterhaus-Straße 26
50670 Köln

Gesamtherstellung Heider Druck
Heider Druck GmbH
Bergisch Gladbach

Anzeigen und Beilagen
Joh. Heider Verlag GmbH
Susanne Krausewitz
E-Mail: krausewitz@heider-medien.de

Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Auflage: 100.000

Für Termine keine Haftung.
Der nächste KAB-Impuls erscheint am 22. Mai 2018

Letzter Versandtag:
18. Mai 2018

ISSN 1434-4386
www.ketteler-verlag.de

KAB UND WELTNOTWERK AUF DEM KATHOLIKENTAG IN MÜNSTER

Arbeit 4.0: Fluch oder Segen

Die sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen durch eine digitalisierte Arbeitswelt und Wirtschaft stellt die KAB in den Mittelpunkt des Katholikentages, der unter dem Motto „Suche Frieden!“ in Münster stattfindet.

„Der soziale Frieden in Deutschland und Europa ist im entscheidenden Maße davon abhängig, wie wir die Digitalisierung in der Arbeitswelt menschenwürdig gestalten können“, erklärt KAB-Bundesvorsitzender Andreas Luttmer-Bensmann im Vorfeld des 101. Katholikentages, der vom 9. bis zum 12. Mai in Münster stattfindet. So wird der KAB-Bundesvorsitzende auf dem Hauptpodium „Friedliche digitale Arbeitswelt 4.0? – Chancen und Gefahren für eine menschenwürdige Arbeit“ die Ergebnisse des Krefelder Beschlusses „Arbeit. Macht. Sinn“ mit Politikern, Wirtschafts- sowie Verbändevertretern diskutieren.

Gemeinsam mit Weltnotwerk und dem KAB Diözesanverband Münster wird der KAB-Bundesverband auf dem Schloßplatz vertreten sein. Hier wird der KAB Diözesanverband Besucher/-innen zu ihren Ängsten und Hoffnungen zu einer digitalisierten (Arbeits-)Welt befragen und abstimmen lassen.

Das Weltnotwerk der KAB will diese Frage von den Partnerbewegungen weltweit beantworten lassen und das Ergebnis vor Ort präsentieren.



ist der soziale Frieden in Europa in Gefahr? Foto: Katholikentag

Gemeinsames Programm:

Do. (10.5): Mitmachaktionen der KAB Münster, ab 10 Uhr, Schloßplatz. Verbände-Café: Do.- Sa. (jeweils 10-18 Uhr), Aegidiistr. 67.

Fr. (11.5): Mitmachaktionen der KAB Münster, ab 10 Uhr, Schloßplatz ab 13:00 Uhr, Aktion „#Digitale_Arbeit_Menschen_Würdig“ mit NRW-Arbeitsminister Karl-Josef Laumann (angefragt), Schloßplatz.

Sa. (12.5.): Arbeitnehmer-Empfang (10:30-12:30 Uhr), Aegidiistr. 67. Mitmachaktion der KAB Münster, ab 10 Uhr, Schloßplatz.

Podium: Friedliche digitale Arbeitswelt 4.0? (14:30-16:30 Uhr). Podium: Verbände in der Kirche (16:30 Uhr), Raum H3 der WW-Universität, Hörsaalgebäude.

Arbeiter-Gottesdienst (18-19 Uhr) mit Prälat Kooßen und Präses Prinz.

Entfesselung bedeutet Freiheitsverlust

Breites Bündnis spricht sich gegen die Pläne von NRW-Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart (FDP) aus

Massive Kritik gegen das Entfesselungsgesetz der NRW-Landesregierung haben vor dem NRW-Landtag die Vertreter der Allianz für den freien Sonntag sichtbar gemacht. In einer zuvor gemeinsam unterzeichneten Erklärung sprachen sich Gewerkschaften, Kirchen, Katholische Betriebsseelsorge, der kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA), der KAB Diözesanverband Köln und die Allianz für den freien Sonntag NRW gegen eine Verdoppelung der Sonntagsöffnungen im bevölkerungsreichsten Bundesland aus. KAB-Diözesansekretär Winfried Gather und verdi-Sekretär Nils Böhlke übergaben die Erklärung an Wirtschaftsminister Andreas Pinkwart. Das Gesetz, das demnächst im Landtag beschlossen werden soll, widerspricht nach Angaben der Sonntagsallianz „höchststrichterlicher Rechtssprechung“. Es schafft - anders als die Landesregierung behauptet - keine Rechtssicherheit für Kommunen, schadet den Beschäftig-

ten im Einzelhandel und sorgt nicht für eine Belebung der Innenstädte. Dies wurde auf dem Symposium von juristischen Experten dargestellt. „Es besteht bereits heute eindeutig Rechtssicherheit“, betonte Fachanwalt Friedrich Kühn. Der Verwaltungsrechtler Wilhelm Achelpöhl wirft der Landesregierung sogar vor, mit einem „abgesegneten Rechtsbruch“ weiter Rechtsunsicherheit zu schaffen. Denn der Anlassbezug ist im Grundgesetz verankert und kann nicht durch ein Ländergesetz geregelt werden. Gewerkschaftssekretär Nils Böhlke sieht große Probleme für die Beschäftigten im Einzelhandel. Sie müssen möglicherweise demnächst wochentags bis 24 Uhr und an acht Sonntagen im Jahr hinter der Ladentheke stehen. Deshalb sieht Christoph Pistorius in dem sogenannten Entfesselungsgesetz eine Unfreiheit für die Menschen, denn der Sonntag sollte die Menschen von der Arbeit befreien. Die Landesregie-



Gegen das Entfesselungsgesetz protestierte die KAB vorm Landtag. Foto: Rabbe

rung dagegen schicke die Menschen nun auch am Sonntag zur Arbeit. Mit einem Protestmarsch zum NRW-Landtag, an dem sich auch KAB-Vertreter aus allen Diözesen Nordrhein-Westfalens beteiligten, verließ die Allianz für den freien Sonntag ihrer Forderung Nachdruck. Winfried Gather

übergab dem Minister Pinkwart die Erklärung der Allianz und erklärte, dass noch viel Klärungs- und Gesprächsbedarf existiere, bevor das Gesetz im Landtag verabschiedet werden soll. „Für uns gilt es“, so der Kölner KAB-Diözesanvorsitzende Uwe Temme, „das Entfesselungsgesetz zu verhindern!“

LESERBRIEFE

Mehr Zuschuss als für Schwerbehinderte

Leserbrief „KAB gegen Abschaffung des Sozialtickets“, in: Impuls 1-2018

Mit Erstaunen habe ich den Beitrag gelesen. Nicht, dass er in der Sache nicht richtig wäre und die Aktion nicht richtig war. Aber es fiel mir auf, dass die Städte 27,39 Euro für das Sozialticket von Sozialhilfeempfängern zahlen. Wenn ich das richtig sehe, wäre dies hier in Mönchengladbach 1,39 Euro mehr als sie an Schwerstbehinderte zahlt, die nicht mit öffentlichen Verkehrsmitteln fahren können und kein eigenes Einkommen haben. Die Stadt Mönchengladbach zahlt den Betroffenen monatlich 26 Euro und das seit 2004, seitdem ich mich um Behinderte kümmere. Der Betrag wurde bis heute

nicht verändert. Da sie das Geld nicht für Behindertenfahrzeuge und Privatpersonen ausgeben dürfen, kann man sich vorstellen wie deren öffentliches Leben aussieht. Eine Fahrt von vier Kilometern kostet hin und zurück (zweimal 19 Euro) 38 Euro. Dies entspricht dem Fahrgeld für eineinhalb Monate. Dieses halte ich für ein Verhalten, das mit dem Grundgesetz und der Charta der Menschenrechte nicht vereinbar ist. **Hermann Waldbeim, Essen**

Wischi-Waschi-Gründe für Sonntagsverkauf

Leserbrief zu: „Schutz des Sonntags ist auch Schutz der Freiheit“, in Impuls 1-2018

Die Kirchgänger und die kirchennahen Christen müssen sich fragen, wie sie

zu der weiteren Aufweichung des Sonntagschutzes durch die Landesregierung stehen. Aus vier werden acht und bei Kommunen mit zwei Marktbezirken 16 (sechszehn) verkaufsoffene Sonntage. Der Gesetzentwurf wurde auf der Basis eines Gutachtens erstellt, dass die IHKs NRW in Auftrag gegeben haben.

Also eindeutig interessengesteuert. Im Klartext: Die Lobbyisten und die FDP haben sich durchgesetzt. Noch schlimmer: Der qualifizierte Anlassbezug wird abgeschafft. Werbegemeinschaften können mit Wischi-Waschi-Gründen verkaufsoffene Sonntage beantragen.

Der Gesetzentwurf missachtet eindeutige Urteile des Bundesverfassungsgerichtes vom 1. Dezember 2009 und des Bundesverwaltungsgerichtes vom 11. Januar 2015 sowie 17. Mai 2017.

Es geht also nur um Marktanteile und Gewinn. Begründet wird die Novellierung unter anderem mit der Belebung der Innenstädte und des Einzelhandels. Der Zunahme der Online-Dienste soll entgegengesteuert werden. Allerdings ist die Zunahme der Online-Dienste im europäischen Ausland trotz verkaufsoffener Sonntage vergleichbar wie bei uns in Deutschland gestiegen. Also kein Argument für weitere Sonntagsöffnungen. Die NRW-Bischöfe sind gut beraten, sich in dieser Frage eindeutig und kraftvoll zu Wort zu melden. Die soziale Gerechtigkeit und der Schutz des Sonntages sind zutiefst christliche Themen. Politik reagiert nur auf Druck. Es liegt also an uns, den eindeutigen Sonntagschutz einzufordern.

Erwin Vitt, Siegen



Alleinerziehende von Armut bedroht

Wenn die Väter nicht zahlen (können) / Neue Unterhaltsregelung bringt etwas Entlastung

Wenn Kinder mit einem Elternteil aufwachsen, droht die Armut. Diese Familien müssen besser unterstützt werden, doch Politiker haben sie kaum im Blick.

Das Problem fängt schon bei der Sprache an. „Alleinerziehende“ nennen sich die Verbände der (ganz überwiegend weiblichen) Betroffenen, von „getrennt Erziehenden“ sprechen dagegen Väterrechtsorganisationen. Letztere wollen darauf aufmerksam machen, dass auch Männer, die nicht mehr mit ihren Kindern zusammenleben, weiter Verantwortung übernehmen. Mit „Fragile families“ (zerbrechlichen Familien) haben amerikanische Sozialforscher versucht, einen passenderen Begriff zu finden. Doch das Wort „allein“ trifft oft durchaus zu: Viele Frauen werden von ihren Ex-Partnern tatsächlich allein gelassen, nicht nur räumlich, auch finanziell. Nur die Hälfte der dazu verpflichteten Scheidungsväter zahlt überhaupt Unterhalt, nur 25 Prozent überweisen regelmäßig den gesetzlich vorgeschriebenen Betrag. In den anderen Fällen muss der Staat mit dem (mittlerweile bis zum 18. Lebensjahr ausgeweiteten) Unterhaltsvorschuss einspringen. Dass aus diesem häufig eine dauerhafte Zahlung wird, liegt entgegen gängiger Vorurteile aber nicht nur an unwilligen Männern, die sich mit Tricks arm rechnen. Vielen Vätern fehlt tatsächlich das Geld, mit einer Trennung wächst für beide Elternteile die Gefahr des sozialen Abstiegs. Im Alltag alleine zurechtkommen müssen allerdings zu

fast 90 Prozent Frauen. Die staatliche Politik zielt meist auf die „intakte“ Familie: Vater, Mutter, Kind. Das zeigt sich auch im letzten Bundestagswahlkampf. In den Parteiprogrammen standen fast nur Vorschläge, die die Mittelschicht unterstützen: mehr Kindergeld, Unterstützung beim Erwerb einer Immobilie, höhere Steuerfreibeträge. Die meisten Alleinerziehenden haben von dieser Art der Förderung nichts. Denn über ein Drittel von ihnen – genau 37,6 Prozent waren es im Jahr 2015 – sind auf Hartz IV angewiesen. Andere Zahlungen wie das Kindergeld werden dort angerechnet.

Im Sommer 2016 schlug eine Studie der Bertelsmann-Stiftung in Kooperation mit der Hochschule Darmstadt Alarm. Der Untersuchung zufolge hat sich die Situation von Alleinerziehenden im letzten Jahrzehnt deutlich verschlechtert. Sie erhalten inzwischen fünfmal häufiger Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II als Paarhaushalte mit Kindern. 42 Prozent von ihnen verdienen weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens. Nach den Kriterien der Europäischen Union beginnt bei dieser Grenze das Armutsrisiko. Für Alleinerziehende ist das Risiko seit 2005 um 6,6 Prozent gestiegen. In Familien, wo Vater und Mutter in einem gemeinsamen Haushalt leben, ist es im gleichen Zeitraum um 11,7 Prozent gesunken.

Insgesamt 2,3 Millionen Heranwachsende leben in Deutschland mit einem Elternteil, rund eine Million davon gelten als bedürftig. „Kinderarmut ist ganz

wesentlich auf die Armut von Alleinerziehenden zurückzuführen“, betont Jörg Dräger vom Vorstand der Bertelsmann-Stiftung. Er fordert „gezielte Maßnahmen, um mehr Bildungs- und Teilhabechancen für die betroffenen Kinder zu ermöglichen“. Die Studie sieht in ausbleibenden Unterhaltszahlungen die zentrale Ursache dafür, dass Ein-Eltern-Familien nicht über die Armutsgrenze hinauskommen. Dabei sind immerhin 61 Prozent, also fast zwei Drittel der überwiegend betroffenen Mütter, erwerbstätig – wenn auch meist nur in Teilzeit – um Beruf und Familie vereinbaren zu können.



Foto: Bertelsmann-Stiftung

Sind Alleinerziehende arm, sind auch die Kinder arm, meint Dr. Jörg Dräger.

Bei Alleinerziehenden mit mehr als einem Kind steigt die Wahrscheinlichkeit der Bedürftigkeit um weitere 50 Prozent, hat der letzte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung festgestellt. Die Linkspartei wie auch

die Grünen verlangten deshalb im Wahlkampf höhere Hartz IV-Regelätze, eine Kindergrundsicherung sowie die Ersetzung der steuerlichen Kinderfreibeträge durch ein einheitliches Kindergeld. Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung geht in einer Expertise noch weiter: Die Wissenschaftler fordern eine Kindergelderhöhung um 100 Euro monatlich, die auf Alleinerziehende beschränkt ist. Diese spezifische Maßnahme, so die Autoren, wäre effektiver als die allgemeine Ausweitung familienpolitischer Leistungen, die vor allem Gutverdienende durch Steuervorteile fördere. Finanzielle Unterstützung für „vollständige“ Mittelschichtfamilien hat in Deutschland weiterhin Priorität. Die öffentliche Infrastruktur reicht nicht aus, Kitaplätze sind immer noch nicht überall kostenlos, auch wenn die SPD dies in den Koalitionsvertrag aufgenommen hat, doch die Versorgung für unter Dreijährige bleibt trotz Rechtsanspruch hinter den Planungen zurück. Von einer verlässlichen Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schule kann vor allem im ländlichen Raum der westlichen Bundesländer kaum die Rede sein. Auch diese Rahmenbedingungen, die eine Vollzeit-Erwerbstätigkeit nahezu unmöglich machen, tragen zu den hohen Armutsquoten der Alleinerziehenden bei. Diese Armut setzt sich übergangslos im Alter vor, weil die Rentenansprüche aufgrund der unterbrochenen Erwerbs- und Karrierebiografie gering sein werden.

Thomas Gesterkamp

Mehr Unterhalt für Alleinerziehende

Die gute Nachricht für Kinder von Alleinerziehenden und getrennt lebenden Eltern ist, dass ab Januar der Unterhalt für alle drei Altersgruppen gestiegen ist. In den ersten beiden Altersstufen um sechs Euro, in der dritten Altersstufe ab 17 Jahren um sieben Euro. Und auch für 2019 ist geplant, den Unterhalt erneut zwischen sieben und zehn Euro anzuheben. Doch die schlechte Nachricht ist die, gleichzeitig drohen vielen Kindern in der zweiten und dritten Altersgruppe finanzielle Einschnitte beim Mindestunterhalt, da die Einkommensgruppen von unterhaltspflichtigen Elternteilen ebenfalls angehoben wurden. So liegt der Mindestunterhalt eines 7-jährigen Kindes in der Einkommensgruppe von 1900 bis 2300 Euro ab diesem Jahr bei 419 Euro. Im Jahr 2017 standen dem Kind noch 433 Euro zu. Ein Verlust von 14 Euro pro Monat. Vorausgesetzt, der Unterhalt fürs Kind wird auch gezahlt. Denn 50 Prozent der Kinder von Alleinerziehenden erhalten keinen Unterhalt, 25 Prozent bekommen weniger als ihnen zusteht. Die Folge: Knapp eine Million Kinder Alleinerziehender in Deutschland leben von Hartz IV-Leistungen. Viele Alleinerziehende müssen zusätzlich arbeiten gehen, um ihre Kleinfamilie über die Runden zu bringen. Das Armutsrisiko wird nicht nur an die Kinder „weitergegeben“, auch im Alter droht Alleinerziehenden aufgrund ihrer Erwerbsbiografie Altersarmut.

Alleinerziehende brauchen schon mal acht Arme

Das Kölner „EisSplitterTorten“-Kabarett spielt Szenen aus ihrem Lebensalltag

Alleinerziehende haben nicht nur finanzielle Sorgen. Alleinerziehende müssen in ihrer Familie meist immer alles selbst entscheiden.

Alleinerziehende gehen nicht nur physisch oft auf dem Zahnfleisch, sondern ihre Familienform wird gesellschaftlich als defizitär gesehen. Sie sind die anderen, die Alleingelassenen. Und manch Unwissender haut dann so dumme Sätze raus wie: „So gut möcht ich es auch mal haben, ohne Mann mal tun, was man will!“

Das Kölner Erzbistum kümmert sich derzeit nicht nur um das Thema Glaube, Ehe und Familie, sondern schon lange auch um die Familiensituation der Alleinerziehenden. So werden Gesprächsgruppen und viele Wochenendseminare für Frauen und Männer angeboten, die von Trennung betroffen sind. Das Programm für Alleinerziehende bietet lebensnahe und praktische Angebote, wo sich Betroffene mit Menschen in einer ähnlichen Lebenssituation treffen und gegenseitig austauschen und stärken können.

Geleitet wird das Alleinerziehenden-pastoral im Referat ‚Familie und Ehe‘ von der Diplom-Psychologin Gertrud Ganser.

Sie war es auch, die vor fünf Jahren dreizehn alleinerziehende Mütter zum Theaterspielen bewegen konnte. „Auf einer Fahrt des Erzbistums für Alleinerziehende beschlossen wir Frauen, die Idee umzusetzen“, erzählt Tina Heuer, die von Anfang an dabei war. Gelernte Schauspielerin war keine, doch als alleinerziehende Mutter konnte jede ihre Rolle und ihre Lebensgeschichte einbringen. „Wir wollten Theater aus dem Leben, aus unserem Leben machen!“, erzählt Heuer. Und vom Leben konnte jede Alleinerziehende genügend eigene und vor allem unterschiedliche Erfahrungen einbringen. Ob als berufstätige Alleinerziehende, als Mutter mit Hartz-IV und Tafel-Erfahrung, ob mit Teilzeitjob oder gar gesicherter Anstellung. Wie Frau Heuer, sie arbeitet seit 35 Jahren im öffentlichen Dienst. Unterstützt, geleitet und inszeniert wird heute die Gruppe von der Theaterpädagogin Valeria Aebert.

Erfahrungen aus dem Leben als junge Mutter oder schon erfahrene Mutter, ob mit einem Kind, zwei oder gar drei Kindern werden thematisiert. Dabei überraschte nicht nur die Vielfalt der verschiedenen Lebenssituationen, sondern auch der gemeinsame Wunsch nach Austausch, Gesprächen und Anerkennung und nicht zuletzt der Wunsch, sich auch mal was zu gönnen. Warum nicht eine leckere Eisplittertorte. Diese gekühlte Leckerei dient dem Theaterensemble Alleinerziehender als vielsagende Namensgeberin.

„WIR SPIELEN UNSER LEBEN GERN!“

„Wir spielen unser Leben gern!“ lautet das Motto der Theatergruppe. Und wie im Leben, wo Alleinerziehende es kaum schaffen, Kinder und Job unter einen passenden Hut zu bringen, weil die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fehlen, findet auch auf der Bühne Improvisationstheater statt. Wer zu einem bestimmten Auftrittstermin Zeit hat, trifft sich einige Wochen vorher mit der Gruppe und einer Theaterpädagogin und entwickelt in ein oder zwei Proben tagen kurze Theaterszenen ein. Ob auf der Straße oder bei Fachtagungen in Seminarräumen, die Lust, sich auf die Bühne zu stürzen, sich und ihre Ideen ins Spiel zu bringen, ist bei allen groß. „Wir sind manchmal der Ersatz des Overhead-Projektors“, erzählt Heuer lachend mit Blick auf Seminarveranstaltungen. Dass das Theaterspiel die Fachdiskussionen bereichern kann, konnten die Teilnehmer/-innen der Jubiläumsveranstaltung „30 Jahre AGIA“ in Dortmund erleben. Nicht fehlen darf die „achtarmige Frau“. Wenn sich alle Frauen hintereinander aufstellen und nur eine Frau in der ersten Reihe zu



Mitglieder der „EisSplitterTorte“ bei einem Auftritt in Dortmund. Fotos: Rabbe

sehen ist, dafür aber mit acht Armen wirkt, erfährt der Zuschauer die notwendigen Fähigkeiten einer Alleinerziehenden. Die symbolhafte Pose, die an die tibetische, achtarmige Göttin Ushnisha erinnert und in der relaxten Meditationsübung, die symbolisch für ein langes Leben steht, steht diametral zum mühevollen Alltag von Alleinerziehenden in Deutschland zwischen Kindererziehung, Haus- und Erwerbsarbeit, Elternpflege und vielem mehr, wo auch acht Arme nicht ausreichen.

THEATERSPIEL STÄRKT DAS EIGENE SELBSTVERTRAUEN

Für das Alleinerziehenden-Ensemble ist das kabarettistische Theaterspiel zu aktuellen gesellschaftlichen Problemen mehr als Abwechslung vom Alltag. „EisSplitterTorte“ ist für die Frauen auch Gemütlichkeit, Gemeinschaft und mit dem gewagten Sprung auf die öffentliche Bühne eine wichtige Stärkung des Selbstvertrauens. „Gemeinsam geht es besser. Wir sind mit unse-

ren Problemen nicht allein!“, sagt Heuer, die Mutter eines 21 Jahre alten Sohnes ist. Der ist nach der Ausbildung für ein Jahr unterwegs gewesen und hat die alleinerziehende Mutter mit einer neuen Lebenserfahrung konfrontiert: Alleinsein. „Das war fast ein Jahr Freizeit!“ Ein neues Bühnenthema und ein Vorgeschmack für die Zeit des kompletten Auszugs, wenn sie allein ohne Erziehungsaufgabe in der Wohnung zurückbleibt.

Die Frauen-Truppe, die zusammen, oder auch zu dritt oder viert auftritt, wenn gewünscht, beziehungsweise nicht alle Zeit haben, bietet ihr, mit Regiefrau Valeria Aebert selbsterarbeiteten Bühnenprogramm auch Tagungsveranstaltungen und Verbänden an. Die Themen gehen dabei über die Wirklichkeit Alleinerziehender hinaus. So stehen gesellschaftlich relevante Themen wie Pflegenotstand, Zukunft der Arbeit oder Lücken im Sozialsystem auch auf dem Programm: natürlich aus Frauensicht.

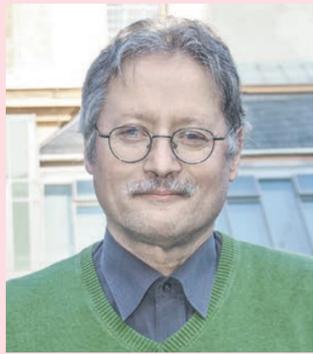
Mehr Infos unter EisSplitterTorte@hotmail.de oder (02202) 9293708



Alleinerziehende: Spielen aus dem eigenen Leben.

Klaus Köhler wird Arbeitsrichter am BAG in Erfurt

Aschaffenburg/Erfurt. Klaus Köhler, Diözesansekretär der KAB im Bistum Würzburg und Referent für soziale Fragen in der Betriebsseelsorge, ist an das Bundesarbeitsgericht als ehrenamtlicher Richter berufen worden. Seit dem 1. Februar vertritt er die Arbeitnehmerseite beim 6. Senat des höchsten deutschen Arbeitsgerichtes in Erfurt. Die neue Aufgabe für Klaus Köhler ist nicht neu, bis Anfang des Jahres war er ehrenamtlicher Arbeitsrichter an der Außenstelle Aschaffenburg des Arbeitsgerichts Würzburg. Arbeitsrechtsexperte Köhler löst sozusagen Rudi Großmann ab, der bis letzten Jahres am Erfurter Arbeitsgericht für die Arbeitnehmer tätig war. Im Diözesanverband Würzburg berät Köhler KAB-Mitglieder bei arbeits- und sozialrechtlichen Fragestellungen und schult Betriebsräte, Personalräte und Mitarbeitervertreter bei Fragen der innerbetrieblichen Mitbestimmung.



Auf den Spuren des Christentums

Freiburg. Es ist die Insel, die als der Ursprung des Christentums bezeichnet werden kann: Zypern. Hier war das erste Reiseziel des hl. Paulus und Barnabas. Hier auf der Mittelmeerinsel gründeten sich die ersten christlichen Gemeinden. Noch heute zeugen viele Klöster und Kirchen vom christlichen und christlich-orthodoxen Glauben. So begibt sich ab dem 28. Oktober bis zum 4. November 2018 unter der Reiseleitung des ehemaligen Freiburger KAB-Sekretärs Otto Meier eine Reisegruppe auf die „Spuren des hl. Paulus“. Aber nicht nur Zeugen des frühen Christentums, auch Reste der antiken Kultur und der späteren Klöster des Mittelalters. Weitere Informationen über die Reise, die mit Biblischen Reisen durchgeführt wird, können Interessierte bei Otto Meier (otto@meierkuerzell.de; 0171/7517944) erfahren.

Handreichung für Betriebsbesuche

Regensburg. Eine praktische Handreichung für KAB-Vereine hat das KAB-Bildungswerk Regensburg erstellt. Aktuell zu dem Schwerpunktthema der KAB Deutschlands „Menschenwürdige Arbeit in einer digitalisierten Arbeitswelt“ bietet die KAB Regensburg einen Folder mit wichtigen Tipps für einen Besuch in Betrieben oder Verwaltungen an. So stellen sich bei einem Betriebsbesuch beispielsweise die Fragen: Hat jeder Mitarbeiter einen eigenen Arbeitsplatz? Wie sieht die Arbeitszeit aus und wie die digitale Erreichbarkeit der Mitarbeiter? Infos: info@kab-bildungswerk-regensburg.de, Tel.: 0961/33161.

Rechtsradikalismus und Kirche

Am Nikolaus-Groß-Gedenktag warnen Wissenschaftler vor Rassismus



„Unser Kreuz hat keine Haken“, heißt es an der St. Marienkirche in Boizenburg. Doch rechtsradikales Gedankengut macht weder vorm Kreuz noch vor den Kirchtüren halt.

Dortmund/Köln. Vor rechtsradikalem Gedankengut sind auch Christinnen und Christen nicht sicher. Dies machten Wissenschaftler auf Veranstaltungen aus Anlass des 120. Geburts- und des 73. Todestages des KAB-Widerstandskämpfers Nikolaus Groß deutlich. Auf der Traditionsveranstaltung „Christen und Widerstand“ des KAB-Bezirksverbands Dortmund-Lünen-Schwerte hatten sie den Migrations- und Friedenswissenschaftler Prof. Josef Freise zum Thema „Rassismus und Christentum im Nationalsozialismus und heute“ eingeladen. Dabei stellte Freise die Entstehung des Rassismus im Kontext der Geschichte von 2000 Jahren Christentum dar. Gerade im Rechtspopulismus kön-

ne man sehen, dass dieser von unsicheren Menschen unterstützt werde. Das führe beispielsweise zu Antisemitismus und Islamfeindlichkeit. Rassismus sei längst nicht mehr nur die Abwertung von Menschen aufgrund ihrer Hautfarbe. Menschen werden auch wegen ihrer Kultur, Religion und Lebensweise diskriminiert. Der Bonner Politikwissenschaftler Andreas Püttmann sieht den Populismus und rechtes Gedankengut immer stärker auch in den Kirchen. Die neue Rechte grenze sich zwar vom rechten Faschismus ab, suche aber die Verbindung zum bürgerlichen und christlich-konservativen Spektrum, erklärte er bei der Gedenkveranstaltung des KAB-Stadtver-

bandes Köln. Nach Umfragen würden etwa je zwei Millionen Katholiken und Protestanten in Deutschland AfD wählen (11 Prozent), prozentual weniger als Konfessionslose (18 Prozent). Bei kirchennahen Christinnen und Christen (Katholiken: 8 Prozent, Protestanten: 9 Prozent) sogar nur halb so wenige. Püttmann fand besonders auch in christlichen Medien antidemokratische Tendenzen und Polemisierungen gegen Papst Franziskus' Offenheit. Püttmann warnte vor Tendenzen, die im katholischen Nachbarland Polen zu beobachten sind, wo der Rechtsstaat unterhöhlt wird. „Der Rechtsstaat ist das tägliche Brot der Demokratie“, zitierte Püttmann.

Zunahme der Sonntagsarbeit

Niedersächsische Gewerbeaufsicht erhöht Ausnahmeregelungen um 60 Prozent

Hildesheim/Hannover. Die angebliche Mehrarbeit wird zunehmend auf den Sonntag verlegt. Dies belegen Untersuchungen des Landes Niedersachsen. Lediglich 13 Anträge auf Sonntagsarbeit hat das niedersächsische Gewerbeaufsichtsamt im vergangenen Jahr 2017 abgelehnt. Dem stehen 3462 Genehmigungen auf Sonntagsarbeit im gleichen Jahr gegenüber. Zehn Jahre zuvor, im Jahr 2007, erteilten die niedersächsischen Aufsichtsämter lediglich 2192 Ausnahmegenehmigungen. Konkret ist dies ein Anstieg von 60 Prozent. Jüngstes Beispiel war der Versuch niedersächsischer Schlachthöfe, am 2. Weihnachtstagsfeierabend zu schlachten. Proteste seitens der Gewerkschaften und der Sonntagsallianz sorgten dafür, dass

die Firmen auf die Sonntagsarbeit verzichteten. Die Sonntagsarbeit darf laut Paragraph 13 des Arbeitszeitgesetzes von den Gewerbeaufsichtsämtern bewilligt werden, wenn sie „zur Verhütung eines unverhältnismäßigen Schadens, zur Inventur oder im Handelsgewerbe ... erforderlich machen“. Im Antragsformular liefert die Gewerbeaufsicht dem Antragsteller bereits die Begründungsargumente mit: „Der Schaden ist dann unverhältnismäßig, wenn er erheblich über den Verlust hinausgeht, der dem Betrieb durch nicht erfolgte Sonntags- beziehungsweise Feiertagsarbeit entsteht (Vermögensschaden, entgangener Gewinn, Kundenverlust usw.)“. Im Norddeutschen Rundfunk kritisierte Friedrich Heidenreich vom KAB-Di-

özesanverband Hildesheim diese Entwicklung: „Es kann nicht darum gehen, dass das Privat- und Familienleben den wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird“. Heidenreich forderte in der NDR-Nachrichtensendung: „Wir müssen dagegensteuern!“ Gegensteuern müsste eigentlich die Wirtschaft selbst, denn die Unternehmen können sich vor Aufträgen nicht retten und verlagern die Produktion aufs Wochenende. „Wenn Aufträge angenommen werden“, argumentiert Volker Müller vom Unternehmerverband Niedersachsen, „müssen die Betriebe auch am Sonntag arbeiten“. Er selbst räumt einen erheblichen Facharbeitermangel für diese Situation ein.

Lotsen vor Ort

Weiden. Als Lotsen vor Ort sollen sich die frisch ausgebildeten Sozialbetreuer im Diözesanverband Regensburg einbringen. 27 Frauen und Männer nahmen an dem Info- und Schulungstag für ehrenamtliche Sozialberater in Schwarzenfeld teil. Damit baut der Diözesanverband seine bewährte Ersthelferstruktur aus. Aufgabe ist es, Ratsuchenden im Arbeits- und Sozialrecht Auskünfte zu geben, wie und wo sie ihre Rechte bekommen. Die Schulung fand unter Leitung von Diözesansekretärin Christa Mösbauer und Rechtsstellenleiter Josef Wismet statt. Neben der kostenlosen Vermittlung von Hilfe und Kontakten sollen die Lotsen vor Ort auch ein offenes Ohr für ihre Mitmenschen haben. Ziel ist es, in allen KAB-Gruppen sowie Gemeinden und Pfarren Sozialberater zu installieren.

DV-Vorsitzende kandidiert für den Landtag in Bayern

München. Ende letzten Jahres wurde Dr. Evelyne Menges gemeinsam mit Hannes Kreller zum Vorstand der KAB im Diözesanverband München-Freising gewählt. Nun hat sich die 58-jährige CSU-Politikerin und Münchener Stadträtin entschieden, für den bayerischen Landtag zu kandidieren. Die KAB-Diözesanvorsitzende Dr. Evelyne Menges ist Fachanwältin für Arbeitsrecht und betreibt gemeinsam mit dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten Johannes Singhammer eine Anwaltskanzlei in München-Schwabing. Gleichzeitig ist sie Expertin im Kanonischen Recht, in dem sie auch ihre Promotion mit dem Thema „Kirchenstiftungen in Deutschland“ ablegte. Menges ist seit 1996 im Münchener Stadtrat und setzt sich für den Tierschutz ein. Dennoch freute Menges sich Anfang des Jahres, dass mit den neuen Mülleimern in der Stadt den „intelligenten Tieren“ der Schnabelgriff in den Müll nicht mehr gelingt. Die Landtagswahlen finden am 14. Oktober statt.



Solidarisch mit Autobauern

Ingolstadt. Die KAB Ingolstadt zeigte sich solidarisch mit den streikenden Autobauern bei AUDI in Ingolstadt. „Es ist wichtig, ein Zeichen zu setzen“, betonte KAB-Präses Pfarrer Martin Geisbeck, der gemeinsam mit Gewerkschaftsvertretern auf der Kundgebung in Ingolstadt als Redner das Wort für die Streikenden ergriff. Anfang Februar beteiligten sich insgesamt 70.000 Metaller an dem 24-stündigen Warnstreik in Bayern. „Als katholische Arbeitnehmerbewegung zeigen wir uns solidarisch mit den Arbeitern im Metallbereich, die für einen gerechten Arbeitslohn und für mehr Zeit für die Familie eintreten“, sagte Geisbeck. Der KAB-Präses ist Pfarrer in St. Pius Ingolstadt, einem

Stadtteil, der von AUDI-Arbeitern und gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit geprägt ist. Wenige Tage nach dem Streik wurde der in Baden-Württemberg verabschiedete Tarifabschluss auch von der IG Metall Bayern und dem Arbeitgeberverband VBM für Bayern übernommen. Damit erhalten die Beschäftigten in Bayern ab 1. April 4,3 Prozent mehr Lohn und für Januar bis März eine Einmalzahlung von 100 Euro. 2019 bekommt jeder Beschäftigte ein tarifliches Zusatzgeld in Höhe von 27,5 Prozent eines Monatsgehalts und eine Sonderzahlung von 400 Euro. Eltern, Pflegenden und Schichtarbeiter haben die Wahloption, statt dieses tariflichen Zusatzgeldes acht zusätzliche freie Tage zu bekommen.

Blüm bei Franz-Hitze-Revue

Olpe. Für KAB-Bezirkspräses Reinhard Lenz geht ein Traum in Erfüllung. Der Geistliche ist seit Jahren vom Franz-Hitze-Virus befallen. Der Sozialreformer und Wegbereiter der Reichsversicherungs-Ordnung aus dem sauerländischen Hanemicke hat nun eine eigene Revue bekommen. Am 16. und am 22. März fanden die Aufführungen des Stückes von Autor Wilhelm ten Haaf statt. Zur Premiere erschien kein geringerer als der ehemalige CDU-Arbeits- und Sozialminister Norbert Blüm. Der Kapitalismus- und Kommunismus-Kritiker sieht in Hitze einen der großen Gestalten der christlichen Sozialbewegung. Blüm meint, „dass man sich eine solch große Persönlichkeit wie Hitze nicht nur

wieder in Erinnerung ruft, sondern dass ein Bewusstsein gefördert wird für eine neu erwachte christliche Sozialbewegung“. Für KAB-Bezirkspräses Reinhard Lenz ist die Revue ein wichtiges Angebot an die jungen Menschen, die so die KAB und natürlich auch wichtige Sozialgeschichte kennenlernen können. Im Sauerland gibt es bereits den Franz-Hitze-Pilger- und Erlebnis-Pfad, der die Stationen des Mitbegründers des Olpener katholischen Arbeitervereins beleuchtet. Um die Erinnerung an den Sozialreformer aufrecht zu erhalten, hat Lenz sich ein Lebensmotto von Franz Hitze zu eigen gemacht: „... Beginnen wir einfach mal ganz praktisch.“



Friedensbotschaft mit Unternehmern

Katholikentag-Aktion: KAB und BKU im Bistum Münster wollen faire Bedingungen in der Arbeitswelt

Münster. Gegen die menschenunwürdigen Auswüchse in der Wirtschaft und der Arbeitswelt wollen die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung und der Bund Katholischer Unternehmer im Bistum Münster mit einer Friedensbotschaft entgegenzutreten. Die Unterzeichner, KAB-Diözesansekretär Hermann Hölscheidt und Markus Classen von der BKU-Diözesangruppe Münster verstehen sich als verantwortungsbewusste Partner bei der Gestaltung von Gesellschaft, Ökonomie und Arbeitswelt.



Markus Classen und Hermann Hölscheidt mit der Friedensbotschaft. Foto: KAB

Die Friedensbotschaft ist Teil der Katholikentags-Aktion „Friedens-Vertrag“. In Erinnerung an den historischen Westfälischen Frieden vor genau 370 Jahren, der im Jahr 1648 im Münsteraner Rathaus beschlossen wurde und den anschließend ausgesandten Friedensbotschaftern, die den Friedensvertrag in die Lande hinaus-

getragen haben. Der Katholikentag hat das Symbol „Friedensvertrag“ in fast allen katholischen Einrichtungen und Bildungsstätten ausgelegt, damit sich Partner finden und sich ihrer Friedensabsichten schriftlich vergewissern. Das

Blanko-Formular kann von Ehepartnern, Institutionen und Verbänden genutzt werden. Es soll, so die Verantwortlichen, „zur kreativen und inhaltlichen Auseinandersetzung mit dem Leitwort des Katholikentags „Suche

Frieden“ anregen. In der Friedensbotschaft von der KAB Münster und dem BKU sehen beide ihre Grundlagen in der Katholischen Soziallehre und der biblischen Botschaft. „Uns ist bewusst, dass die Interessen von Unternehmern und Arbeitnehmern unterschiedlich sind. Daraus resultiert die ständige Möglichkeit von Konflikten“, so der Text. Daher will man „mutig neue Wege des gegenseitigen Verständnisses“ beschreiten. KAB und BKU Münster verpflichten sich, „diesen fairen und friedlichen Umgang immer neu einzüben, zum Wohl unserer Mitmenschen, unserer Kirche und Gesellschaft und unserer Umwelt.“

„Im Mittelpunkt stand bei all unseren Beratungen im Vorfeld der Friedensbotschaft unsere gemeinsame Verantwortung für eine gerechte und würdige Arbeitswelt“, erklärte Hermann Hölscheidt.

Freizeit auch für Alleinerziehende

Offenburg. Die Familienfreizeit der KAB Offenburg hat mittlerweile eine lange Tradition. Sie bietet für Familien die Möglichkeit, bezahlbaren Urlaub zu machen. In diesem Jahr geht die Familienfreizeit vom 19. Mai bis 2. Juni nach Südfrankreich ins ehemalige Fischerdorf Valras Plage. Diese Familienfreizeit ist besonders auch für Alleinerziehende eine Möglichkeit, einmal auszuspannen und gemeinsam mit anderen die Seele baumeln zu lassen, erklärt Franz Feger vom KAB-Bezirksverband Ortenau. „Denn welche alleinerziehende Mutter wird schon allein mit zwei Kindern nach Südfrankreich fahren können!“ Für die KAB ist es besonders wichtig, dass der Urlaub für die Familien erschwinglich ist. „Bei uns kann sich eine Familie ab 449 Euro zwei Wochen lang am Meer entspannen und Spaß haben“, meint Feger. Ursprünglich war das Ferienangebot an Arbeiterfamilien gerichtet.

Mehrheit für den Sonntag

Fulda/Hessen. Seit Jahren erzählen Politik und Wirtschaft, dass die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland es genießen, am Sonntag einkaufen zu gehen. Shopping sei die schönste Freizeitbeschäftigung der Deutschen, besonders an Sonn- und Feiertagen, so der Einzelhandel.

Doch Umfragen zeigen ein anderes Bild. So hat im letzten Jahr die KAB Münster eine Umfrage gestartet, bei der die große Mehrheit der Befragten Münsteraner sich gegen weitere Ladenöffnungen an Sonn- und Feiertagen ausgesprochen haben. Dies hat sich nun auch in einer Umfrage der Osthessen-Zeitung bestätigt. Das regionale Medium befragte seine Leserinnen und Leser, wieviele verkaufsof-

fene Sonntage im Jahr in der Region Osthessen durchgeführt werden sollten. Lediglich sechs Prozent sprachen sich dafür aus, dass jeder Ladenbesitzer sonntags sein Geschäft öffnen kann, wie er möchte. Dagegen sprachen sich 74 Prozent dafür aus, überhaupt an keinem Sonntag im Jahr die Geschäfte zu öffnen. Vierzehn Prozent der Befragten meinen, dass es reicht, wenn im Jahr ein bis zwei Sonntage die Geschäfte öffnen und nur sieben Prozent haben sich dafür ausgesprochen, dass es im Jahr drei bis fünf offene Sonntage gibt. „Das Ergebnis in Osthessen zeigt, dass der Tag des Herrn und der arbeitsfreie Sonntag nach wie vor einen hohen Stellenwert haben“, so KAB-Diözesansekretär Michael Schmitt.

KAB: Betonflut eindämmen

Augsburg/München. „Es ist höchste Zeit, bessere Konzepte zu entwickeln, die Flächen schonen, Natur und Umwelt schützen und vertraute Heimat erhalten. Dafür muss der tägliche Flächenfraß gestoppt werden“, erklärt Erna-Kathrein Groll, Landesvorsitzende der KAB Bayern. Täglich werden 13 Hektar Landschaft bebaut, asphaltiert oder durch Beton versiegelt. Das entspricht einem täglichen Flächenverlust von über 18 Fußballfeldern oder jährlich der Versiegelung von Flächen in der Größe des Ammersees.

„Die ungebremste Versiegelung und Verdichtung des Bodens zerstört die natürlichen Lebensgrundlagen, führt zur Verödung der Ortszentren, verstärkt die Hochwassergefahr und ver-

nichtet Acker- und Grünland,“ so die Landesvorsitzende der KAB Bayern, Erna-Kathrein Groll. „Die KAB Bayern hat sich dem Volksbegehren „Betonflut eindämmen“ angeschlossen, weil wir überzeugt sind, dass die Ressourcenverschwendung so wie bisher nicht weitergehen darf.“ 46.000 Unterschriften konnten gesammelt und dem bayerischen Innenministerium übergeben werden.

Die KAB Bayern weiß sich von Papst Franziskus unterstützt, der in seiner Enzyklika „Laudato si“ die Umwelt- und Klimaprobleme mit der sozialen Frage verknüpft hat und in seiner „Sorge um das gemeinsame Haus“ sofortiges Handeln anmahnt, um die Schöpfung Gottes zu retten.

Stadtrat kippt Sonntagsregelung

Aschaffenburg. Der Stadtrat von Aschaffenburg hat zwei Verordnungen zur Sonntagsöffnung aufgehoben. Damit folgten die Ratspolitiker/-innen der Einschätzung der Verwaltung, die in den Dauerverordnungen einen Konflikt mit der Rechtsprechung sieht. Die Rücknahme wurde von der katholischen Betriebsseelsorge und der KAB, die Mitglied der Aschaffenerburger Sonntagsallianz sind, begrüßt. Die Verordnungen widersprachen der gesetzlichen Vorgabe, die verlangt, dass jährlich geprüft wird, ob zur Autoausstellung und zum Fischmarkt die Geschäfte öffnen dürfen. Geprüft werden muss, ob die Menschen wegen der Autoausstellung oder wegen der geöffneten Läden in die Stadt kommen. Bis Oktober, dem nächsten verkaufsoffenen Sonntag, will die Stadt Aschaffenburg eine neue Regelung vorlegen.

Regierungsanfrage an KAB



Sonntagsexperten in der Landespressekonferenz Hessen. Foto: Mohr

Wiesbaden. Mit einer detaillierten Stellungnahme haben die hessischen KAB-Diözesanverbände Fulda, Limburg und Mainz im Rahmen der Allianz für den freien Sonntag auf die Anfragen des hessischen Sozialministers Stefan Grüttner (CDU) reagiert. Die Ergebnisse stellten die KAB-Diözesanverbände in der Landespressekonferenz Hessen der Öffentlichkeit vor. Die Landesregierung von CDU und Grüne erarbeiten derzeit eine Evaluation des Hessischen Ladenöffnungsgesetzes (HLöG). Anders als die Vorgängerregierung von CDU und FDP wollen die Grünen an dem durch das Grundgesetz vorgeschriebenen Anlassbezug festhalten.

In der Pressekonferenz machte Pf. Rainer Petrack deutlich, dass die Kommunen keinen verkaufsoffenen Sonn-

tag genehmigen können, sondern lediglich zu Traditionsmärkten die Öffnung von Versorgungseinrichtungen genehmigen dürfen.

Die von der Landesregierung angeordnete Rechtsunsicherheit existiere – wie in NRW – nicht, lediglich mangelte es daran, dass die Kommunen das Ladenschlussgesetz nicht anwenden und die Rechtsaufsicht unzureichend kontrolliere, erklärte der Leipziger Fachanwalt Friedrich Kühn.

Gemeinsam mit der hessischen Sonntagsallianz forderte Kühn die Landesregierung auf, bei der anstehenden Evaluation des Ladenöffnungsgesetzes den Anlassbezug zu konkretisieren und keinesfalls eine Lockerung des Ladenschlusses einzuführen. Sozialminister Grüttner will an den Regelungen im Grundsatz festhalten.

Graubunt und immer aktiv

Duisburg. Die Gruppe „Graubunt“ des KAB-Vereins St. Peter in Duisburg trägt ihren Namen zu Ehren. Graubunt, die Abkürzung für „Graue Haare – buntes Leben“ trifft sich jeden Monat und plant Aktivitäten über das Jahr hinweg. Auf der jüngsten Jahreshauptversammlung erläuterten Karin und Jürgen Schlechtriem das breite Spektrum dieser Abteilung. Besuche von Betrieben, wie einer örtlichen Großbäckerei, dem Franziskaner-Kloster in Xanten, des Industrie-Landschaftsparks Nord oder gar Kulturelles, wie eine Comedy-Bus-Tour durch Köln oder das Tempel-Folkfest und einer Ausstellung im Gasometer Oberhausen belegen die Vielfalt der Aktivitäten von „Graubunt“ und dem Familienkreis der KAB-Gruppe St. Peter. Der Verein mit 171 Mitgliedern hat eine

lange Tradition, viele Vereinsmitglieder sind bereits 60 oder gar 70 Jahre der KAB treu. So wurden die Ehepaare Romahn, Fatum und Ehrentraut für 60 und Ilse Hill-Dickmann für 70 Jahre Vereinsmitgliedschaft geehrt. Trotzdem ist der Verein auch körperlich aktiv. Allein die Wandergruppe brachte es im letzten Jahr auf zwölf Wanderungen und die Fahrradgruppe trat dreimal in die Pedale. Die beiden Gruppen haben bereits für dieses Jahr weitere Touren geplant.

Inhaltlich wird sich die KAB St. Peter natürlich in diesem Jahr mit dem legendären Arbeitskampf beschäftigen. An „30 Jahre Arbeitskampf in Rheinhäusen“ wird gemeinsam in einem Vortrag mit anschließender Diskussion mit der evangelischen Arbeitnehmergruppe (EAB) erinnert.



70 Jahre in der KAB. KAB-Vertrauensmann Horst Olmert (rechts) gratuliert Ilse Hill-Dickmann für 70 Jahre Vereinstreue. Foto: Edgar Delvaux

KAB macht Theater

Dietfurt. Vereine und Verbände wie die KAB bestimmen auch das kulturelle Leben in den Gemeinden. So sorgte die KAB Dietfurt neben Kolping und Landfrauen im Bistum Eichstätt auch in diesem Jahr mit der Theatergruppe „Dampfplauderer“ für fünf lustige Abende. Die Verbände sorgen so für Unterhaltung und volle Häuser.

Gutes Leben auf dem Land

Harkebrügge. Großer Andrang herrschte beim politischen Dämmerchoppen der KAB Harkebrügge beim Thema „Stadt, Land, Flucht und der demografische Wandel“. Damit hat sich die KAB einem Thema angenommen, das nicht nur im Münsterland wichtig ist, sondern in vielen ländlichen Gegenden Deutschlands. „Wenn wir nicht abdriften wollen“, so KAB-Vorsitzender Heinz Frerichs, „müssen wir im Dorf etwas tun. Es geht um unsere Zukunftsperspektiven“ Ob die Abwanderung junger Menschen, Ärztenotstand, fehlende Arbeitsplätze, der öffentliche Nahverkehr oder die Einkaufssituation, beim Dämmerchoppen kamen alle Themen zur Sprache. Zum Glück gibt es noch ein intaktes Vereinsleben, an dem die KAB maßgeblich beteiligt ist, so ein Besucher.



Kann Digitalisierung nachhaltig sein?

Warum sich soziale und ökologische Akteure in die aktuelle Debatte einbringen müssen?

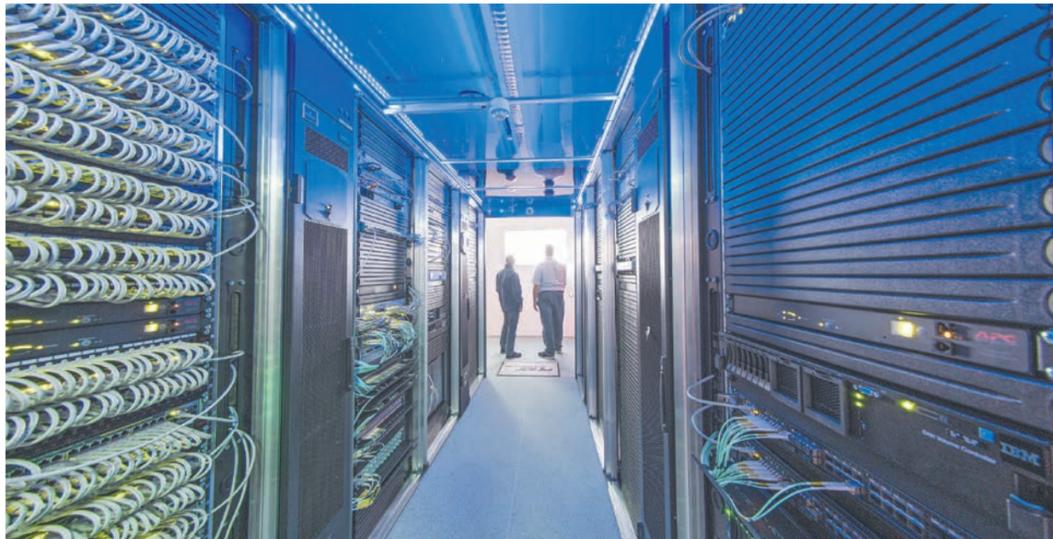
Die Digitalisierung ist in aller Munde. Regierungen und Unternehmen, aber auch große Teile der Bevölkerung erhoffen sich von einer vierten, digitalen industriellen Revolution hohe Wachstums- und Profitraten. Die ökologischen Folgen dieser Veränderung sind leider bislang völlig unterbeleuchtet und müssten von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft stärker thematisiert werden.

Digitale Dienstleistungen wie Suchanfragen, Kartenzugriffe, E-Mailverkehr, Musik- und Videostreaming sind nämlich nur scheinbar immateriell und damit umweltfreundlicher als vergleichbare analoge Dienste.

VERBRAUCH VON RESSOURCEN

Hinter jedem Onlinezugriff steht eine Serverleistung, die auf real existierenden Geräten läuft und Energie verbraucht. Selbst wenn die digitalen Dienste an sich energieeffizienter sind als eine vergleichbare analoge Anfrage, führen die schnellere Verfügbarkeit und die erweiterten Abrufmöglichkeiten von Informationen zu einem enormen Zuwachs an digitalen Zugriffen. Diese sogenannten Rebound-Effekte hebeln die Einsparungspotentiale wieder auf; also trotz höherer Effizienz entsteht ein höherer Verbrauch. Für die Produktion der digitalen Endgeräte, aber vor allem auch für die Herstellung und den Betrieb der Server werden weltweit Umfragen an Ressourcen und Strom benötigt – Bedarf steigend. Bereits heute verbrauchen alle Informations- und Kommunikationstechnologien weltweit 10 Prozent des Stromes, 2030 sollen es 30 bis 50 Prozent sein.

Hinzu kommen die Umweltschäden in den Abbaugruben der für die Hardware benötigten Rohstoffe. Seltene Erden werden selten unter fairen und nachhaltigen Bedingungen geschürft. Nicht zu vergessen die Verletzung von



Rechenzentren wie hier in Bern, verbrauchen Unmengen Strom. Foto: Berner Trading Holding GmbH/Berner Trading Holding GmbH/obs

Die stromfressende Digitalisierung

In Deutschland gibt es rund 52.000 Rechenzentren. Sie sind mit über 10 Terrawattstunden Strom große Energiefresser. Davon entfällt nur ein Teil auf den tatsächlichen IT-Betrieb. Große Rechenzentren können einen dauerhaften Leistungsbezug von 100 MW elektrischer Energie aufweisen. An einem Tag in einem Krankenhaus werden über drei Terrabyte Daten produziert, die archiviert und bearbeitet werden müssen.

„Trotz aller Anstrengungen, die Energieeffizienz in Rechenzentren weiter zu verbessern, stieg der Strombedarf der Rechenzentren im Jahr 2014 durch das starke Marktwachstum um drei Prozent auf zehn Milliarden Kilowattstunden (kWh) an. Setzen sich die aktuellen Trends der IT-Nutzung fort, so wird der Energiebedarf der deutschen Rechenzen-

tren auch in Zukunft zunehmen und wird 2020 fast zwölf Milliarden kWh erreichen“, so Ralf Hintemann vom Borderstep Institut.

Diese Erfahrung machen auch kommunale Energieversorger. So musste die Stadt Frankfurt 2017 erneut ein neues Umspannwerk bauen, das den Energiehunger der Rechenzentren stillt. Die Rechenzentren machen schon heute 20 Prozent des Frankfurter Stromverbrauchs aus, erklärt Mainova-Vorstand Lothar Herbst bei der Einweihung des neuen Umspannwerks an der Kleyerstraße, direkt neben dem Rechenzentrum Telehouse.

Der Rechenzentrumsbetreiber rechnet jedes Jahr mit einem wachsenden Stromverbrauch um zehn bis zwölf Prozent, so Telehouse-Geschäftsführer Béla Waldhauser.

Arbeitsrechten und große Gesundheitsrisiken bei der industriellen Verarbeitung der Rohstoffe.

Dass die Digitalisierung in der derzeitigen Form dabei hilft, ökologische Probleme zu lösen, ist daher sehr fraglich. Das kann sie nur, wenn sie sozial und umweltgerecht gestaltet wird. Hierfür müssen sich Akteure in die Debatte einbringen, die solche Forderungen nach vorne stellen – inklusive der zentralen Frage nach dem richtigen Maß digitaler Entwicklung. Neben profitorientierten Unternehmen ist es also dringend notwendig, dass sich soziale Bewegungen sowie Sozial- und Umweltverbände in die Gestaltung der Digitalisierung einbringen.

Nina Treu, Konzeptwerk Neue Ökonomie

(Die These der Kolumne ist ausführlich hier zu finden: Lange, Steffen und Tilman Santarius (2018). Smarte grüne Welt? Digitalisierung zwischen Überwachung, Konsum und Nachhaltigkeit.)

Ehrenamt leidet unter Zeitnot

Europa: Diskussion über soziales Engagement in der heutigen Arbeitswelt

Ehrenamtsarbeit sowie soziales und zivilgesellschaftliches Engagement werden zunehmend schwieriger mit der Erwerbsarbeit unter einen Hut zu bringen.

Freiwilliges Engagement ist zu einer Frage der Zeit geworden. Dies ist ein Ergebnis des 6. Treffens der Interessengruppe „Work-life-balance“ im Brüsseler EU-Parlament, das die Europäische Sonntagsallianz gemeinsam mit den EU-Parlamentariern Evelyn Regner (S+D) und Thomas Mann (EVP) Ende Februar veranstaltete.

Ein entscheidendes Problem stellen die ausufernden Arbeitszeiten dar, um ehrenamtliche Arbeit noch nach der Erwerbsarbeit zu leisten. Eine Möglichkeit stellte die europäische Handelsgewerkschaft (ETUI) vor. In einer Studie geht die Gewerkschaft der Frage nach, wie sich die Reduzierung der Arbeitszeit auswirkt. Zwar habe sich die Wochenarbeitszeit in Europa, so die ETUI-Arbeitszeitforscherin Agnieszka Piasna, in den letzten 150 Jahren von 70 auf weniger als 40 Stunden in der Woche reduziert, doch zeigen auch Studien, dass eine weitere Reduzierung zusätzliche Vorteile für Arbeitnehmer und Gesellschaft bieten kann. Praktisch schaffe die reduzierte Erwerbsarbeitszeit eine deutliche Verbesserung bei der Verteilung der Be-



EU-Parlamentarierin Evelyn Regner sieht in der Anerkennung der Rufbereitschaft eine wichtige Voraussetzung für gesellschaftliches Engagement. Foto: Rabbe

schäftigung, der Geschlechterverhältnisse und auch der Arbeitsbedingungen. Hinzu komme, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer kreativer, ausgeglichener und gesünder seien, so das Studienergebnis. „Jedoch könnte der Gesundheitseffekt auch negativ ausfallen, wenn die Arbeitszeitreduzierung mit atypischen, flexibleren oder unvorhergesehenen Arbeitszeiten einhergeht“, so Agnieszka Piasna.

Dies führe dazu, dass das traditionelle Ehrenamt immer schwerer ausgefüllt werden kann. Die österreichische Sozialdemokratin Evelyn Regner unterstreicht daher, dass die Arbeit auf Abruf, der sogenannten Rufbereitschaft als Erwerbsarbeit und damit als Arbeitszeit zu gelten habe. Hier sieht auch Chris Van Droogenbroeck von der belgischen Handelsgewerkschaft eine große Schwierigkeit für Familie und Ehrenamt. „Oft erfahren die Beschäftigten zwei oder drei Tage zuvor, wann sie arbeiten müssen“.

Mehrheitlich begrüßt wurde das am Vortag der Konferenz verkündete Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu Rufbereitschaft und Arbeitszeit. Wer auf Abruf kurzfristig zum Arbeiten bereitsteht, kann diese Zeit als Arbeitszeit geltend machen. „Es besteht ein enger Zusammenhang, sich in der Gemeinschaft einzusetzen und der Notwendigkeit sein Geld zu verdienen, aber unter fairen und menschenwürdigen Bedingungen“, so die Sozialdemokratin Evelyn Regner. Unterstützung bekam Regner auch von EVP-Abgeordneten Thomas Mann. „Ich halte es für äußerst wichtig, in der europäischen Arbeitszeitregulierung den Faktor Ehrenamt stärker zu berücksichtigen“, so der Frankfurter Politiker.

Video unter www.kab.de



Rente für langjährig Versicherte

Ein Arbeitnehmer schloss mit Datum vom 18.05.2009 mit seinem Arbeitgeber einen Altersteilzeitvertrag für die Zeit vom 01.07.2009 bis zum 30.06.2017. Dem Arbeitnehmer war zum Vertragsabschluss klar, dass der Rentenbeginn zu 01.07.2017 mit einem Rentenabschlag verbunden sein würde.

Zum 01.07.2014 trat in der gesetzlichen Rentenversicherung eine Gesetzesänderung ein, mit der die „Rente für besonders langjährige Versicherte“ in Kraft trat. Für den Arbeitnehmer bedeutete dies, dass er, wenn er den Rentenbeginn auf den 01.11.2017 hinausschieben würde, abschlagsfrei in Rente würde gehen können. Er entschloss sich dazu und beantragte die Rente für besonders langjährige Versicherte mit Wirkung ab 01.11.2017. Für den Zeitraum vom 01.07.2017 bis 31.10.2017 beantragte er bei der zuständigen Agentur für Arbeit Regensburg Arbeitslosengeld. Die Arbeitsagentur ließ durch ihren Bescheid vom 31.07.2017 eine Sperrzeit zur Wirkung kommen, weil nach ihrer Rechtsauffassung der Kläger durch den Vertrag über die Altersteilzeit vom 18.05.2009 einen Abschlag bei der Rente in Kauf genommen hat und demnach aufgrund einer nachträglichen Gesetzesänderung seine Disposition nicht folgenlos ändern könne. Diese Rechtsauffassung bekräftigt die Arbeitsagentur im Widerspruchsbescheid vom 17.08.2017. Die Beklagte berief sich im Widerspruchsverfahren auf das Urteil des Bayerischen Landessozialgerichtes vom 22.04.2015, Az. L 10 AL 168/14, wonach der Kläger einen wichtigen Grund für die Änderung seiner getroffenen Disposition dazulegen und zu beweisen hätte. Die Umstände, die nach Abschluss des Altersteilzeitvertrages eingetreten sind, seien nicht geeignet, einen wichtigen Grund darzustellen, so die Arbeitsagentur.

Dagegen erhob der Arbeitnehmer Klage beim Sozialgericht und berief sich auf das Urteil des Bundessozialgerichtes vom 12. September 2017 (Az.: B 11 AL 25/16 R). Der 11. Senat des Bundessozialgerichtes entschied, dass eine Sperrzeit nicht eintritt, wenn ein Arbeitnehmer/Arbeitnehmerin am Ende der Altersteilzeit entgegen seiner ursprünglichen Planung nicht sofort Altersrente in Anspruch nimmt, sondern zunächst Arbeitslosengeld beantragt, weil er/sie – bedingt durch eine Gesetzesänderung – zu einem späteren Zeitpunkt abschlagsfrei in Rente gehen kann. In einer zweiten Entscheidung des Bundessozialgerichtes vom 12.10.2017 hat der 11. Senat die Revision des Klägers (Az.: B 11 AL 17/16 R) an das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz zurückverwiesen und sich in dieser Entscheidung dem Urteil des 7. Senates des BSG vom 21.07.2009 (Az.: B 7 AL 6/08 R) angeschlossen. Das LSG Rheinland-Pfalz hat meines Wissen nach noch keine Entscheidung getroffen.



Alois Gell, Rechts- und Sozialsekretär der KAB Freyung

Anzeige

Eigentlich bin ich ganz anders!



Bin ich wirklich so, wie ich sein könnte? Wie ich sein will?

Ein Seminar zur Selbststärkung und -orientierung

7. bis 9. Mai 2018

Leitung: Michael Steiner



Mehr Infos unter:
Josef-Gockeln-Haus
Josef-Gockeln-Straße 23,
57399 Kirchhundem-Rahrbach
Telefon: 02764/69-0,
www.josef-gockeln-haus.de

EICHSTÄTTER BETRIEBSSELSORGER KURT REINELT HILFT BEI PROBLEMEN DEN ARBEITNEHMERN

Wie kommt Gottes guter Wille in die Arbeitswelt

Spirituelle Impulse erleichtern Gespräche über betriebliche Probleme / Beten um Gottes Segen bei der Arbeit

„Siehe, ich sende euch wie Schafe mitten unter die Wölfe; darum seid klug wie die Schlangen und ohne Falsch wie die Tauben. Hütet euch vor den Menschen; denn sie werden euch überantworten vor ihre Rathäuser und werden euch geißeln in ihren Schulen...“ Kurt Reinelt aus Nürnberg nimmt die Losung des Tages aus dem Matthäusevangelium 10,16-17 mit in die Betriebsräte-Sitzung als Impuls für die folgenden Beratungen. Von den Kollegen, von denen nicht alle Christen und Christinnen sind, sondern einige auch Muslime, Agnostiker oder anderes sind, wird dieser spirituelle Impuls, oft in Kurzform eines Halbsatzes, nicht nur akzeptiert und toleriert. Im Gegenteil: er wird auch verstanden und

die Wege zu den Arbeiterinnen und Arbeitern unterschiedlich. „Man trifft betroffene Arbeitnehmer nach dem Kirchgang, beim Einkaufen oder auf Versammlungen und die erzählen einem ihre Sorgen im Betrieb oder in der Nachbarschaft und man bekommt einen kleinen Zugang“, erzählt Reinelt. Doch in der Regel ist es ein Mitglied des Betriebsrates, der Betriebsratsvorsitzende selbst oder auch Gewerkschafter, die sich an den Betriebsseelsorger wenden und um Unterstützung bitten. 50 Prozent der Gespräche finden in (eher kleinen) Gruppen statt. Die andere Hälfte in Einzelgesprächen, wenn es Betroffenen auch mal schlecht geht.

Doch letzteres ist nicht unbedingt notwendig. „Ich bin Seelsorger in guten wie in schlechten Tagen“, betont KAB-Mann Reinelt. Bei den schlechten Tagen geht es um Tod, Krankheit oder auch Schuld, wenn jemand Unrecht wahrnimmt oder sich selbst in Unrecht verstrickt fühlt. „Christlich steht dem eine heilige Trias gegenüber: Auferstehung, Heilung und Versöhnung“, erklärt Reinelt die Intervention auf individueller oder auf struktureller Ebene. So sieht er strukturelle Ungerechtigkeiten in sachgrundlosen Befristungen, in der Leiharbeit und in Schein-Werkverträgen oder der Arbeit auf Abruf.



KAB-Mann Kurt Reinelt ist engagierter Betriebsseelsorger im Bistum Eichstätt.

Foto: Privat

auf die eigene Situation im Betrieb übertragen. „Christsein macht sich nicht nur am Beten, am Kirchgang und an der Kirchensteuer fest, sondern an Hilfsbereitschaft und an den zehn Geboten: Du sollst nicht stehlen, nicht morden oder rufmorden ... Da ist das Christentum nach wie vor in der Gesellschaft eine tragende Rolle“, meint Diakon Reinelt. Der Kirche sollte daher auch bewusst sein, dass Zweidrittel der bayerischen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen diese solidarische Kirchensteuer zahlen.

SELSORGER IN GUTEN UND SCHLECHTEN ZEITEN

Reinelts Weg in die Betriebe führt nicht immer geradeaus durch das Werkstor. Mit den unterschiedlichen Problemen der Beschäftigten sind auch

ZEHN ERWARTUNGEN AN DIE BETRIEBSSELSORGER

Reinelt, der auch Vorsitzender der Arbeitsgruppe für Arbeitnehmerfragen (AFA) der SPD im Unterbezirk Nürnberg ist, hofft, dass die SPD in einer Großen Koalition mit der Union diese strukturellen Probleme abschaffen wird. „Schließlich legen hier die KAB und auch die Christliche Arbeitnehmerschaft in der CDU und CSU den Finger in die Wunde“, meint Betriebsseelsorger Reinelt und erklärt: „Schlimm ist es, wenn auch diese Sachen in der Kirche praktiziert werden.“ Dass es auch anders geht, dass Befristungen vermieden werden können, hat die Jugendhilfe Nürnberger Land in Mittelfranken für ihre Flüchtlingsberater/beraterinnen im weitesten Sinne gezeigt.

Die Erwartungen, die Betriebsräte und Arbeitnehmer an die Betriebsseelsorge stellen, hat der Augsburger KAB-Diözesanpräses und Betriebsseelsorger Erwin Helmer in den zehn Erwartungen zusammengefasst. Sie gehen vom Zu-



Betriebsseelsorge solidarisierte sich öffentlich mit den Beschäftigten der Telekom-Call-Center. Betriebsseelsorger Erwin Helmer stellte Telekom-Chef Rene Obermann im Fernsehen zur Rede.

Foto: dpa

hören, verbindlicher Partnerschaft mit dem Betrieb, der Lösung sozialer Probleme, der Behandlung „weicher“ Themen, der öffentlichen Solidarisierung, sozialetischer Reflexion, Betriebsräteberatung, Übernahme der Moderatorenrolle bis hin zur Vernetzung betrieblicher Themen und zur Stärkung des christlichen Selbstverständ-

nisses von Funktionsträgern im Betriebs- oder Personalrat.

SIEMENS-GEBETSKREISE

Und so spielen auch mitunter Gott und die Bibel eine wichtige Rolle bei Sitzungen, an denen Reinelt mit Bibelzitat oder Tageslosung die Beteiligten der

Sitzungen zu einem kurzen Halt und Innehalten bewegen kann, um einen anderen Blick auf die Dilemmata zu lenken. Darüber hinaus sind mehrere Siemens-Gebetskreise entstanden. Hier treffen sich Firmenmitarbeiter/-innen regelmäßig und beten um Gottes Segen, damit der gute Wille Gottes in der Arbeitswelt Einzug hält. Sie gehören zum „Global-Prayer-Netzwerk“ und setzen sich dafür ein: dass „Gottes guter Wille wie im Himmel so auch in unserer Arbeitswelt geschehe“.

MARKTWIRTSCHAFT OHNE KORREKTUR BEGEHT SUIZID

Doch wichtig ist, dass man beim Beten nicht stehen bleibt. Dem häufig gehörten Vorwurf setzen die Betriebsseelsorger ihr Engagement auf verschiedenen Ebenen gegenüber. „In der Realität muss man als Betriebsseelsorger dann zeigen, dass man selbst Zivilcourage und Konfliktfähigkeit in die Arbeit einbringen kann und mitunter auch politisch wird!“, betont Reinelt. Für ihn braucht die Marktwirtschaft unbedingt mehrseitige sozialetische Korrektive, denn eine Marktwirtschaft ohne Korrektur, begeht quasi Suizid. „Sie hat die Tendenz Monopolstrukturen für Scheinlösungen auszubilden und sich selbst und wahre Lösungsorientierung damit abzuschaufen“, erklärt der Volljurist Kurt Reinelt.

Mehr Infos zu Gebetskreisen unter: www.global-prayer.de

Die Betriebsseelsorge in Deutschland

Unabhängig von der Konfession und der Religionszugehörigkeit bieten Diözesen der römisch-katholischen Kirche Arbeitnehmerpastoral beziehungsweise Arbeitnehmerseelsorge für arbeitende Menschen und Arbeitslose an. Derzeit gibt es in Deutschland in vierzehn der 27 Diözesen betriebsseelsorgerische Strukturen und Rahmenbedingungen. Vorwiegend in den Süd- und West-Diözesen. In einigen Diözesen ist die Betriebsseelsorge Teil der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung. Auf Grundlage der Katholischen Soziallehre suchen die Betriebsseelsorger die Nähe zu den Menschen in der Arbeitswelt und bringen dort die christlichen Werte der Solidarität, der Gerechtigkeit und der Menschenwürde ein.

Wie die KAB versteht sich die Betriebsseelsorge als Brücke zwischen Kirche und Arbeitswelt und bringt

die Themen und Nöte der Arbeit ins kirchliche Leben und umgekehrt christliche Werte und Werthaltungen in die Arbeitswelt ein. Kirche steht auf der Seite der Benachteiligten. So versteht sich die Betriebsseelsorge Augsburg als Partner von Gewerkschaften oder sind Mitglied in Gewerkschaften. Ansprechpartner sind Betriebsräte, Personalräte und auch Mitarbeitervertreter von kirchlichen Einrichtungen. Gemeinsam mit der KAB können Arbeitnehmervertreterinnen und Arbeitnehmervertreter sich für die Betriebsratsarbeit schulen lassen.

Auf Bundesebene koordiniert eine ehrenamtliche Bundeskommission die Arbeit der Betriebsseelsorge mit einer jährlichen Bundestagung, Leitlinien und Weiterbildung. Nicht zuletzt wird eine diözesanübergreifende Fortbildung „Betriebsseelsorge“ angeboten.



Reinhard Kardinal Marx, DBK-Vorsitzender

Foto: Rabbe

„Vom 1. März bis 31. Mai 2018 finden in Deutschland wieder Betriebsratswahlen statt. Die Kirchen in Deutschland engagieren sich seit vielen Jahren auch mit den gewählten Arbeitnehmervertretungen in den Betrieben für eine menschliche, solidarische und gerechte Arbeitswelt. Sie tun dies im Bewusstsein, dass

Kirchen: Aufruf zu den Betriebsratswahlen

Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft Säulen der sozialen Marktwirtschaft sind und wesentlich zum sozialen und ökonomischen Erfolg dieser Wirtschaftsform beitragen. Die Betriebsräte setzen sich für die Belange ihrer Kolleginnen und Kollegen ein und übernehmen dabei große Verantwortung. Diese Aufgabe erfordert hohe Kompetenz, Durchsetzungsvermögen, aber auch Ausdauer und Geschick. Deshalb danken wir allen, die sich in den vergangenen Jahren in den Betrieben für diese wichtige Aufgabe zur Verfügung gestellt haben und sprechen ihnen auf diesem Weg unsere Anerkennung für ihren Einsatz aus. Die künftigen Herausforderungen für die Arbeit der Betriebsräte werden von den Veränderungen der Erwerbsarbeit vorgegeben. In den kommenden Jahren stehen drei Entwicklungen besonders im Mittelpunkt:

1. Der Druck auf die Beschäftigten hat weiter zugenommen. Leistungsverdich-

tung und Mehrarbeit sind zu ständigen Begleitern der heutigen Erwerbsarbeit geworden. Steigende Anforderungen an die Flexibilität der Beschäftigten führen zu einer Entgrenzung der Arbeitszeit. Leistungsdruck und andauernde Überforderung tragen zu einer Zunahme psychischer Erkrankungen bei.

2. Durch die Integration von Flüchtlingen ins Erwerbsleben nehmen die Unternehmen und die Beschäftigten eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahr. Die Überwindung sprachlicher und kultureller Barrieren kann durch die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz gefördert werden, stellt aber auch eine große Herausforderung für alle Beteiligten dar.

3. Unter dem Stichwort „Arbeit 4.0“ wird aktuell die Digitalisierung der Arbeitswelt breit diskutiert. Auch wenn noch nicht alle Konsequenzen dieser Entwick-

lung absehbar sind, so stellt sich die Aufgabe, diesen Veränderungsprozess so zu gestalten, dass die erwerbstätigen Menschen Mitgestalter und Mitverantwortliche ihrer Arbeit bleiben. Aufgrund der Veränderungen in der Arbeitswelt bedarf es öffentlicher Debatten, wie die Arbeit in Zukunft human gestaltet werden kann. Notwendig sind hierzu Leitbilder menschengerechter Arbeit. Damit Erwerbsarbeit nicht das ganze Leben bestimmt, braucht es auch Grenzen der Arbeit: Grenzen der Belastungen, Grenzen der zeitlichen Verfügbarkeit und Grenzen der Ökonomisierung. Für all dies gilt: Um das Ziel einer Humanisierung der Arbeit auf den Weg zu bringen, sind starke Interessensvertretungen in den Betrieben notwendig. Wir ermutigen alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sich an den bevorstehenden Betriebsratswahlen zu beteiligen. Überlegen Sie bitte auch, ob Sie sich nicht selbst als Kandidatin oder Kandidat zur Verfügung stellen können. Be-



Heinrich Bedford-Strohm, EKD-Vorsitzender

trienräte und Arbeitnehmervertretungen leben von einer möglichst breiten Unterstützung sowie der Bereitschaft vieler, sich hierbei zu engagieren.“

Aufruf der evangelischen Kirche und der Bischofskonferenz zu den Betriebsratswahlen.



Abschied vom „König Sonntag“ der KAB



Bundsvorsitzende Maria Etl entlässt Hannes Kreller, König Sonntag der KAB geht in den „Unruhestand“.

Der Aufbau der deutschlandweiten Allianz für den freien Sonntag war KAB-Referent Hannes Kreller mehr als ein Herzensanliegen. Der Druck der Wirtschaft auf den arbeitsfreien Sonntag konterte der ehemalige Verbandsekretär der KAB-Süddeutschlands mit viel Einsatz, dem Aufbau eines breiten Netzwerkes von Gewerkschaften, Sozialverbänden beider großen Kirchen und unzähligen Veranstaltungen, nicht zuletzt auch auf europäischer Ebene mit Europaparlamentariern verschiedener Couleur. Druck machen von oben und von unten, ist die Devise von Hannes Kreller. Neben Politikern holte er auch Wissenschaftler, Verfassungs-

richter und Kirchenvertreter, um die gesellschaftliche Brisanz des Themas zu verdeutlichen. Viele erstrittene Urteile zum Schutz des Sonntags vor dem Bundesverwaltungsgericht, dem Bundesverfassungsgericht und vielen regionalen Verwaltungsgerichten zeigen, dass gemeinsam etwas erreicht werden kann.

DIÖZESEN SAGEN DANKE

Kreller, der Ende Januar in den „Unruhestand“ gegangen ist, wurde nicht von politischen und gesellschaftlichen Mitstreitern beim Landesverband der KAB Bayern, der Europäischen Sonntagsalli-

anz in Brüssel, sondern jüngst auch von den Delegierten des Bundesausschusses in Ludwigshafen verabschiedet. Mit einem Märchen, das die vielen beruflichen Stationen und Aufgaben widerspiegelte, wurde Kreller zum „König Sonntag“ der KAB ernannt. Mit Liedern, Gedichten und Geschenken aus den jeweiligen Regionen Deutschlands bedankten sich die Delegierten aus den Diözesanverbänden der KAB für das verbandliche Wirken Krellers. Als Referent für die Mitgliederverwaltung und Mitgliederwerbung war Kreller viel in den Diözesen unterwegs. Die dankten es ihm mit Einladungen zu Besuchen, um auch die reizvollen Landschaften des Thüringer Waldes, der Rhön, des Münsterlandes, des Rheinlandes oder der CAJ-Geschäftsstelle in der Essener Hüttmannstraße, einer seiner ersten Wirkungsstätten, besser kennenzulernen. Kreller, der auch Bundsvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Arbeitnehmerorganisationen (ACA) ist, wird weiterhin in den Gremien der Sozialversicherungen (Rentenversicherung Bund, Deutschen Angestellten Krankenkasse, Berufsgenossenschaft für Gesundheitsdienst und Wohlfahrtspflege) ehrenamtlich aktiv sein. Zudem wird sein „Unruhestand“ mit der Funktion als ehrenamtlicher Diözesanvorsitzender im Erzbistum München-Freising zusätzlich ausgefüllt sein. Nicht zuletzt wird der „König Sonntag“ weiterhin für der Schutz des arbeitsfreien Sonntags auf unterschiedlichen Ebenen seine Stimme erheben.

Schönfelder: Das hat alles seinen Sinn!

Auch in diesem Jahr ist Gerd Schönfelder, der erfolgreichste Sportler aller Paralympics wieder dabei. Der Sohn von Ottilie Schönfelder, der KAB-Vorsitzenden im Ortsverein Kulmain im Diözesanverband Regensburg, wird als Ko-Kommentator der Spiele in Pyeongchang für die Medien seine Fachkompetenz einbringen. Schönfelder, der 2010 im kanadischen Vancouver seine Karriere als Ski-Rennfahrer beendete, hat mehr Goldmedaillen gewonnen als die erfolgreiche deutsche Olympiamannschaft in diesem Jahr zusammen.

Damals in Vancouver holte die Paralympic-Equipe 13 Goldmedaillen und führte damit den Medaillenspiegel an. Gerd Schönfelder gewann 2010 gleich vier Goldmedaillen und holte insgesamt für Deutschland 16-mal Gold, viermal Silber und zwei Bronze-Medaillen in verschiedenen Disziplinen, wie Slalom oder Abfahrtslauf. Hinzu ist er 14-facher Weltmeister. Das letzte Mal im Jahr 2011, danach beendete er seine erfolgreiche Sport-Karriere. Vorläufig! „Denn jetzt hat er einen neuen Sport gefunden. Seit einiger Zeit spielt mein Sohn Fußball“, erzählt KAB-Vereinsvorsitzende Schönfelder gegenüber Impuls. Gerd Schönfelder, geboren 1970, verlor mit 19 Jahren seinen rechten Arm und drei Finger der linken Hand, als er versuchte, nach der Arbeit den anfahren den Zug noch zu erwischen. Er geriet zwischen Waggon und Bahnsteig und wurde mitgeschleift. „Eine Kleinigkeit anders an diesem Tag und der Arm wäre noch dran. Das sagen die Leute, und dann schauen sie mich fassungslos über so viel Scheißpech an“, erzählt Schönfelder. Er selbst denkt dann an sein Leben und die Menschen um ihn herum und seine Antwort lautet: „Das hat alles seinen Sinn!“ Das Schicksal hatte ihn getroffen, aber nicht gebrochen, wie seine Mutter erzählt. Knapp ein halbes Jahr nach dem Unfall steht er wieder auf den Brettern und auf der Piste. Der Weg zurück ins



Das Gold des Gerd Schönfelder.

Leben macht ihn am Schluss zum Sieger. Er besiegt nicht nur den Schmerz und den Verlust, sondern Rennen für Rennen. „Was ich im Sport erlebt habe, möchte ich nicht missen“, erzählt der gelernte Elektrotechniker. Gemeinsam mit dem Sportjournalisten Detlef Veten hat er das Buch „Sieger – Das Leben des Gerd Schönfelder“ geschrieben.



Mit seinem Handicap holte Gerd Schönfelder, der Sohn von KAB-Ortsvorsitzender Ottilie Schönfelder, 16-mal Gold bei den Paralympics. Foto: dpa/DBS

Seit dem 9. März kommentiert er in Pyeongchang die Winterspiele der Paralympics. „Es liegt immer an der eigenen Einstellung was man aus seinem Leben macht, oder: was nützen zwei gesunde Hände, wenn man sie in den Schoß legt?“ Aber auch in der Politik ist er unterwegs. 2008 wurde Gerd Schönfelder zum Gemeinderat seiner fränkischen Heimatgemeinde Kulmain gewählt, 2010 rückte er für die CSU in den Kreistag des Landkreises Tirschenreuth nach. Seit Mai 2014 gestaltet Gerd Schönfelder für die unabhängige, kommunalpolitische Bürgerinitiative „Zukunft Landkreis Tirschenreuth (Zukunft TIR) im Kreistag. Das Motto dieser Bürgerinitiative passt zu ihm. „Wir wollen Macher und Anpacker sein – Meckern und Jammern gehört nicht zu unseren Tugenden. Nur wenn man die Zukunft aktiv anpackt, kann man sie positiv gestalten! Wir wollen mit einem stolzen ‚WIR-Gefühl‘ unsere Region weiterentwickeln.“ Mehr unter: www.gerd-schoenfelder.de

Globalisierung gestalten

Dass Landwirtschaft viel mit Wirtschaft zu tun hat, konnte jüngst der ehemalige Landwirtschaftsminister Christian Schmidt unter Beweis stellen, als er gegen den Willen seiner damaligen Amtskollegin, Umweltministerin Barbara Hendricks, auf EU-Ebene für die Verlängerung des Pflanzenschutzmittels Glyphosat entschieden hat. Schmidts Ministerium ist wie Bayer, Monsanto, Du Pont, BASF und andere Mitglied im Forum Moderne Landwirtschaft, einer Interessengruppe, die Öffentlichkeitsarbeit und Vernetzung mit anderen Organisationen aus der Landwirtschaft und angrenzenden Bereichen betreibt. Minister Schmidts „Ja“ in der EU beschert der Agrar- und Pflanzenschutzindustrie für die kommenden Jahre Milliarden Euro Einnahmen. Mit dem Schwerpunkt „Globalisierung gestalten“ setzt sich daher der „Kritische Agrarbericht 2018“ auseinander. „Es gibt wenige Wirtschaftszweige“, so der Agrarbericht, „die – wie die Landwirtschaft – mit ihren Produktionsmitteln einerseits ortsgew-



bunden sind, und andererseits so stark eingebunden sind in globale Stoffkreisläufe und Warenströme“. Dass eine andere bäuerliche Landwirtschaft notwendig ist, in der das Lebensmittel und die gesunde Versorgung der Menschen möglich sind, belegen die vielen Artikel. So steht der Fairhandel dem Freihandel gegenüber. Oder Jürgen Maier vom Forum Umwelt und Entwicklung fragt kritisch nach: „Wer braucht eigentlich globalisierte Agrarmärkte?“ In über 50 Beiträgen untersuchen die Autorinnen und Autoren die Agrarpolitik und die soziale Lage, Welthandel und Ernährung, ökologischen Landbau, Regionalentwicklung, Natur und Umwelt, Tierschutz und Tierhaltung, Gentechnik oder Verbraucher und Ernährungskultur. Der jährliche Bericht ist ein wichtiges Kompendium über die Nachhaltigkeit und Landwirtschaftspolitik in Deutschland. **Der kritische Agrarbericht 2018 – Globalisierung gestalten**, hrsg. vom **AgrarBündnis e.V. ABL Verlag Hamm 2018, 24 Euro.**

Der digitale Kapitalismus

Ist die Automatisierung durch die Digitalisierung Fluch oder Segen für die Arbeitnehmer? Werden Algorithmen gesteuerte Maschinen und Roboter dem Menschen dienen, oder wird die Arbeit und das Verhalten der Menschen durch die digitalen Maschinen und künstliche Intelligenz bestimmt werden? Derzeit scheint nur eines sicher, die Transformation der Arbeitswelt, der Wirtschaft und der Gesellschaft ist unaufhaltsam. Der Wirtschaftsjournalist beschreibt nicht nur diese Entwicklung an unzähligen Beispielen, er zeigt auch die Schattenseiten dieser Entwicklung für Arbeitnehmer auf. Denn hinter der Digitalisierung steht allein die Automatisierung der Produktion und die Ausbeutung der Arbeitnehmer. Die digitalisierte Transparenz in der Arbeitswelt bedeutet für die Beschäftigten in den Büros, Lagerhallen und Fabriken mehr Stress, mehr Überwachung,



weniger Lohn und nicht selten auch Entlassung, weil die menschliche Arbeitskraft überflüssig wird. Automatisierung bedeutet Rationalisierung. „Als Rationalisierungsinstrument wirkt die Digitaltechnik über die Grenzen des Betriebes hinaus. Sie erlaubt es, Arbeit und Material in neue Verarbeitungsformen einzukaufen – günstiger, flexibler, ab Abruf“, analysiert Becker. Die Automatisierung über Betriebe und Kontinente hinweg bedeutet eine radikale Standardisierung. „Der alte Feierabend wird abgeschafft“, meint Becker. Handwerkliche Arbeiten, bäuerliche Landwirtschaft und eigenständige Unternehmen werden ein Nischendasein fristen. **Automatisierung und Ausbeutung – Was wird aus der Arbeit im digitalen Kapitalismus?** Matthias Martin Becker, Promedia-Verlag, Wien 2017, 19,90 Euro.

Konzerne nutzen Bio-Image

Es sind nicht nur die vielen Bio- und Öko-Siegel, die für die Verbraucherinnen und Verbraucher zu Irritationen führen. Ist der Apfelsaft im Aldi wirklich „Bio“, weil ein grünes Bio-Siegel auf der Verpackung aufgedruckt ist? Egal, mit dem Label verschafft sich der Riesen-Discounter ein Bio-Image. Dies versucht auch Nespresso, der teuerste Kapselkaffee-Hersteller der Welt. Ein Kilo Kaffee kostet 80 Euro. Gleichzeitig produziert der Lifestyle-Kaffee Tonnen von Alu-Müll, der energieaufwendig hergestellt werden muss. Das Unternehmen versucht mit „The Positive Cup“ die „nachhaltige Aluminiumproduktion“ voranzutreiben. Das verbreitete Image „Nespresso AAA Sustainable Quality“ gaukelt Nachhaltigkeit vor, obwohl der Kaffee weder biologisch hergestellt noch fair gehandelt wurde. „Je gebildeter die Zielgruppe, je schädlicher das Produkt ist und je absurder das daran geküpfte Öko-Ver-



sprechen ist, je offensichtlicher also die grüne Lüge ist, desto eher wird sie geglaubt“, meint Kathrin Hartmann. Sie belegt dies an unzähligen Beispielen der Industrie und des Konsums. Selbst Flugreisen wird mit einem Ausgleichszertifikat ein ökologisches Mäntelchen verpasst. Kein Massenprodukt, kaum eine Dienstleistung, die nicht als „bio“, „fair“ oder „nachhaltig“ angeboten wird, um Kundinnen und Kunden ein gutes Gewissen beim Kauf mit in den Einkaufskorb zu legen. Auch wenn wir es besser wissen, lassen wir uns gern beruhigen. Kathrin Hartmanns Buch ist daher lesenswert, weil es uns nicht nur die Praktiken der Industrie, sondern auch unser Kaufverhalten bewusst macht. **Die grüne Lüge – Weltrettung als profitables Geschäftsmodell**, Kathrin Hartmann, Blessing-Verlag, München 2018, 15 Euro.

„Mir fehlte das Selbstbewusstsein!“

Pflegesituation: Lernen, sich zu wehren und sich für Mitarbeiter/-innen und eine bessere Pflege einzusetzen

„Ich wollte mich eigentlich schon immer für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen einsetzen, aber mir fehlte dazu das Selbstbewusstsein“, Heike Hager ist Dauernachtwache im Seniorenzentrum St. Anna der Vinzenz von Paul GmbH in Schwäbisch Gmünd. Das katholische Unternehmen betreibt zwischen Wangen im Allgäu und Schwäbisch Gmünd 33 Hilfseinrichtungen für Ältere, von der Dauer und Kurzzeitpflege, der Tagespflege, des Betreuten Wohnens und der Pflege zu Hause.

Seit über 20 Jahren arbeitet die 52-Jährige als engagierte Pflegehelferin, „belebt von einem Feuer, das nicht erlischt“, wie es der Ordensgründer Vinzenz von Paul für sich beschrieb, fühlt sich Heike Hager angetrieben, weiterzumachen. Sie beginnt neben ihrer täglichen Arbeit eine Ausbildung zur Pflegemanagerin. „Im Studium habe ich mir endlich das Selbstbewusstsein geholt und mir gesagt: Jetzt mach ich es!“, erzählt sie stolz. Als Pflegehelferin hatte ihr der Mut gefehlt, mit der Leitung ins Gespräch geschweige denn in die Konfrontation zu gehen. Schließlich kennen die Dienstgeber sehr wohl ihre und die Rechte der Dienstnehmer. Doch Arbeitnehmerrechte, meint Hager, behalten die Leitungen in den Einrichtungen zu oft für sich. Beson-

ders gestört hat sie die verbreitete Einstellung: „Da kann man sowieso nichts machen!“ Deshalb muss man sich um sich selbst und um andere kümmern, meint Hager. „Wenn Ungerechtigkeit passiert, und ich es mir gefallen lasse, darf ich später nicht rummeckern!“ Seit 2014 ist die ehemalige Thüringerin Mitglied in der Mitarbeitervertretung der Alteneinrichtung.

8000 PFLEGEKRÄFTE FÜR GANZ DEUTSCHLAND SIND ZU WENIG

Hager geht es nicht allein um ihre Einrichtung mit etwa 113 Pflegeplätzen und dem Betreuten Wohnen. Hier konnte sie bereits einiges einbringen und verändern. Hager ist durch die KAB Rottenburg Stuttgart und den Vorträgen der KAB Pflegeexpertin Maria Sinz bewusst geworden, dass die Probleme in der Altenpflege nicht nur in ihrer Einrichtung zu finden sind. Die von der KAB ins Leben gerufene, später dann bundesweite Aktion „Pflege am Boden!“ belegt eine deutschlandweite Pflegemisere in fast allen Bereichen. „Da hilft auch das Sofortprogramm von 8000 Neueinstellungen Personal fehlt“, meint Hager, die in die KAB eingetreten ist, weil das Pflege-thema nicht nur für die Pflegenden,



KAB-Mitglied Heike Hager hat Selbstvertrauen gewonnen und engagiert sich nun in der Mitarbeitervertretung. Foto: Privat

sondern Thema der ganzen Gesellschaft sein sollte. Regelmäßig trifft sie Gleichgesinnte beim „Treffpunkt Arbeitnehmer/-innen in der Pflege“, den KAB Sekretärin Maria Sinz aufgebaut hat. Die Treffen sind für Heike Hager wichtig. „Man kann erzählen und es wird zugehört. Das fängt einen auf, gibt einem Kraft und die Gewissheit: Ich stehe mit meinem Problem nicht allein da!“ Mit einem gestalteten Kalender geht der KAB-Treffpunkt

auch in die Öffentlichkeit und macht auf die Situation Pflegenden aufmerksam.

Noch immer sind die Zusagen seitens des Staates und der Politik zu gering, um das umzusetzen, was für eine menschenwürdige Pflege notwendig wäre. „Für die Personalbesetzung brauchen wir gesetzliche Vorgaben und nicht nur Richtlinien. Qualität kostet Geld!“ Heike Hager nutzt ihren Abschluss als Diplompflegefachwirt nicht, um sich auf Leitungspositionen zu bewerben. Das Heim, bis 1995 von Schwestern geleitet, ist heute marktwirtschaftlich ausgerichtet.

Für MAVlerin Hager ist klar, dass auch ein Altenheim kein Zuschuss-Betrieb auf Dauer sein kann, doch die Begleitumstände stören sie. Mitarbeiterrechte erhielten nicht die Aufmerksamkeit, die für eine würdige Pflegearbeit erforderlich ist. So versteht Hager auch ihren Beruf, der ihr Spaß macht, als Sendung wie es Vinzenz von Paul formulierte: „Armen und Kranken menschgewordene Gottesgüte zu sein.“ Deshalb macht Heike Hager weiter. Auch bei den jetzigen Mitarbeitervertretungen in Baden Württemberg stellt sie sich für ihre Alteneinrichtung der Genossenschaft der Barmherzigen Schwestern des hl. Vinzenz von Paul in Untermarchtal erneut zur Wahl.

Betriebsräten Mut machen

Betriebsräte haben es heutzutage immer schwerer. Nicht nur bei der Gründung einer gesetzlichen Arbeitnehmervertretung werden Arbeitnehmer behindert, auch in der Arbeit als Betriebsrat werden oft den Betroffenen Steine in den Weg gelegt. Betriebsräte müssen Ökonomen, Juristen, Sozialarbeiter und Informatiker sein, weiß der Augsburger KAB-Diözesanpräses und Betriebsseelsorger Erwin Helmer aus eigener Erfahrung. Gemeinsam mit Kollegen hat er das „Mutmachbuch 2.0“ für Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen zusammengestellt. Es enthält Anstöße zum Nachdenken, Impulse zum Handeln, Zugänge zu Kraftquellen und ganz einfache praktische Hilfen. Es ist für 5 Euro im Ketteler-Verlag (www.ketteler-verlag.de) zu bestellen.



Anzeige

Anzeige

ERGO
Versichern heißt verstehen.

www.ergo.de/vereine-und-verbände

Weltnotwerk der KAB

Ihre Spende hilft!

Weltnotwerk e.V.
Solidaritätsaktion der KAB Deutschlands
Tel.: 0221-7722 145
www.weltnotwerk.org
SPENDENKONTO
PAX BANK KÖLN
DE80 3706 0193 0016 1510 25

Seniorenrecht & barrierefrei für Gruppen & Einzelreisen
Hallenbad, Sauna, Dampfbad, Infrarot, Panoramalage, Lift

Staatl. anerk. Erholungsort in Franken, 90 km Wanderw. Alle Zi. Du/WC/TV/Safe/Fön/WLAN, Lift, HP 44 €, EZZ 11 €, inkl. Kurtaxe, Livemusik, Reiseleitung, Grillen, Wellness, Kegeln, rollstföhl. Zimmer. Prosp. anf. **Ideale Ausflugsmöglichkeiten.**

Landhotel Spessartruh, Wiesener Str. 129, 97833 Frammersbach.
Tel. 09355-7443, Fax -7300, www.landhotel-spessartruh.de

Unabhängig und mobil bleiben – auch nach einem Unfall.

Als Mitglied des gemeinnützigen Sozialwerks der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung können Sie besonders günstigen und speziellen Schutz genießen.

Die Volks-Unfallversicherung mit Notfallhilfe bietet weit mehr als finanzielle Sicherheit: einen umfangreichen Beratungsservice, praktische Hilfe und Pflegeleistungen sowie zahlreiche Fahrdienste.

Wenn Sie künftig unsere interessanten Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Informieren Sie uns hierzu einfach über www.ergo.de/info oder rufen Sie uns an unter: 0800 3746-925 (gebührenfrei).

Ja, ich möchte mehr über die Unfall-Vorsorge wissen: Herr Frau

Nachname: _____ Vorname: _____ Geburtsdatum: _____

Straße: _____ Haus-Nr.: _____

PLZ: _____ Ort: _____

Telefon (für eine Terminvereinbarung innerhalb der nächsten Wochen): _____

Bitte ausfüllen und einsenden an:
ERGO Beratung und Vertrieb AG, ERGO Ausschließlichs-Organsisation / 55plus,
Überseering 45, 22297 Hamburg
Tel 0800 3746-925 (gebührenfrei)

Die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands (KAB) ist eine selbstständige Vereinigung von Frauen und Männern. Aus ihrem Selbstverständnis, Kirche zu sein und in der Arbeiterbewegung zu wurzeln, ist die KAB politische Bewegung, Selbsthilfe-, Bildungs- und Kampagnenbewegung sowie internationale Bewegung. Die KAB als einer der großen katholischen Verbände ist Bewegung für soziale Gerechtigkeit. Sie setzt sich auf der Basis der biblischen Botschaft und der kirchlichen Sozialverkündigung für menschenwürdiges Arbeiten und Leben weltweit ein.

Beim Bundesausschuss vom 10. - 11. November 2018 ist das Amt des **Bundespräses** zu besetzen.

Die Amtszeit beträgt regulär vier Jahre bzw. endet beim ordentlichen Bundesverbandstag 2021. Eine Wiederwahl ist möglich. Der Beschäftigungsumfang beträgt 100 Prozent. Anstellungsbeginn soll der 1. Januar 2019 sein. Die Zulassung zur Ausübung des Priesteramtes in der römisch-katholischen Kirche ist erforderlich.

Der hauptamtliche Bundesvorstand, bestehend aus den beiden Bundesvorsitzenden und dem Bundespräses, ist nach Satzung der KAB Deutschlands Vorstand im Sinne des § 26 BGB und politische Leitung des Verbandes.

Zu den Aufgaben des Bundespräses gehören insbesondere:

- die Sicherung und der Ausbau der verbandlichen Entwicklung und Programmatik
- die Förderung des verbandlichen pastoralen Auftrags
- die Vertretung des Verbandes nach Innen und Außen
- die Wahrnehmung und Förderung der innerverbandlichen Kommunikation.

Wir suchen einen Priester mit

- Leitungs- und Führungskompetenz
- Erfahrung in der Verbandsarbeit
- Teamfähigkeit auf der Grundlage der gleichberechtigten Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen
- Freude die Soziallehre der Kirche mit Leben zu erfüllen

Wir bieten:

- Mitarbeit in einem lebendigen, demokratischen, katholischen Verband
- Chancen, politische Spiritualität zu leben und weiterzuentwickeln auf der Grundlage der biblischen Botschaft mit ihrer Option für die Armen
- das Engagement eines internationalen Verbandes kennenzulernen.

Bewerbungen werden erbeten bis zum 30. April 2018. Ihre Bewerbungsunterlagen senden Sie bitte an den Wahlausschuss der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung Deutschlands e.V., Bernhard-Letterhaus-Straße 26, 50670 Köln. Weitere Informationen unter www.kab.de

**„Arbeiten und Leben in Würde und Solidarität.
Dahin entwickeln wir Zukunft, dafür organisieren wir Veränderung.
Gemeinsam lassen wir aus christlichen Werten Taten werden.“**



Kämpfen gegen Waffen

Emma Gonzalez ist erst 18 Jahre alt und schon eine Überlebende. 17 ihrer Mitschüler überlebten das Massaker an der High School in Portland nicht. Die Trauer und die Wut veranlassen sie, gegen die Waffenlobby in den USA zu kämpfen. In einer leidenschaftlichen Rede hat die Schülerin deutlich gemacht, wie und wen die Waffenlobby bezahlt. Sie griff auch den Präsidenten an, dessen Wahlkampf von der Waffenlobby finanziert wurde. Trump reagierte auf die Trauer und Wut der Schüler mit der absurden Idee, nun die Lehrer ebenfalls zu bewaffnen. Tausende erklärten unter dem Hashtag „#EmmaGonzalez“ wie gut und wie wichtig Gonzalez' Aufruf gegen die Waffenlobby ist. Prominente wie George Cloony und Steven Spielberg unterstützen die Kampagne. „Wenn jemand sagt, Schusswaffen seien nur Werkzeuge wie Messer und nicht gefährlicher als Autos ist das bullshit“, so Emma Gonzalez.



Emma Gonzalez:
Das ist jetzt meine Welt!

Kampf ohne Augen

Rainer Herteis ist eine Ausnahme in der katholischen Kirche Deutschlands. Er ist, trotz des Canon 241, der vorschreibt, dass das Priesteramt nur jene ausüben können, „die aufgrund ihrer menschlichen, sittlichen, geistlichen und intellektuellen Anlagen, ihrer physischen und psychischen Gesundheit“ geeignet sind, katholische Priester. Herteis ist blind und trotzdem Pfarrvikar im schwäbischen Wemding. Aufgrund einer Stoffwechselstörung wurde sein Sehvermögen von Kindheit an schwächer. Gleichzeitig wuchs sein Wunsch, Priester zu werden. Mit 15 hatte er ein Gotteserlebnis; mit dem Abitur wollte er Priester werden. Erst als Eichstätt's Bischof Mixa ihn ermutigt, geht er ins Priesterseminar. Heute helfen ihm Tonband, Computer und die Gemeindemitglieder. „Viele Menschen kommen bewusst zu mir zum Beichten, weil es sonst für sie peinlich wäre.“ Ein Umstand, der, wie er meint, seiner Blindheit einen weiteren Sinn gibt.



Rainer Herteis:
Man sieht nur mit dem Herzen gut.

Kämpfen für das „in“

Seit vielen Jahren ärgert sich die Sulzbacherin Marlies Krämer darüber, dass ihre Sparkasse sie immer wieder als Sparer und Kunde und nicht als Sparerin und Kundin bezeichnet. Vor zwei Jahren zog sie vor Gericht, um in der Form angedredet zu werden, die ihrem Geschlecht zusteht. Doch das Amtsgericht lehnte die Klage mit der Begründung ab, die männliche Form eines Wortes diene schon seit 2000 Jahren als gemeinsame Bezeichnung für Frauen und Männer. Doch 2000 Jahre „generisches Maskulinum“ haben den Frauen Unterdrückung und weniger Gehalt eingebracht. Für die heute 80-jährige Feministin muss damit endlich mal Schluss sein. „Die meteorologischen Tiefs hatten immer nur Frauen-, die Hochs dagegen Männernamen“, beklagte die Sulzbacher Seniorin, die gemeinsam mit Jörg Kachelmann das weibliche Hoch einführte. Nun will sie auch eine Sparkassen-Kundin werden und geht vor den Bundesgerichtshof.



Marlies Krämer
Ich fühle mich totgeschwiegen.

Vom Reichtum und von Frauen

Reichtum entsteht ungleich und konzentriert auf Grund gesellschaftlicher Macht.

In einer weithin patriarchalen Gesellschaft wird weniger als die Hälfte der gesellschaftlich notwendigen Arbeit markt-, geld- und erwerbswirtschaftlich organisiert und vorwiegend den Männern zugewiesen, während die private Haus- und Betreuungsarbeit weder als wirtschaftliche Leistung angesehen noch mit einem Arbeitseinkommen entgolten wird. Und wenn die Arbeit erwerbstätiger Frauen um ein Fünftel niedriger entgolten wird, ist dies eher patriarchalen Machtverhältnissen und sexistischen Rollenmustern zuzuschreiben als der Marktsteuerung. Dass geistiger Arbeit ein höherer Rang verliehen wird als körperlicher Arbeit, hat nur wenig mit dem antiken Menschenbild zu tun. Eine größere Rolle spielt die Machtposition der Bildungseliten, die ihnen gestattet, auf ihre Vergütung Einfluss zu nehmen. Selbst diejenigen, die in den Industriestaaten tarifgebunden beschäftigt sind, verdanken den Vorsprung ihrer Einkommen weniger den technischen und organisatorischen Innovationen als vielmehr der solidarischen Gegenmacht, zu der sie sich entschlossen haben.

Friedhelm Hengsbach

(aus: Teilen, nicht töten, Seite 73/74)

Ich glaube an die sanfte Gewalt der Vernunft über die Menschen.

Sie können ihr auf die Dauer nicht widerstehen.

Kein Mensch kann lange zusehen, wie ich einen Stein fallen lasse und dazu sage: Er fällt nicht.

Dazu ist kein Mensch im Stande.

Die Verführung, die von einem Beweis ausgeht, ist zu groß.

Ihr erliegen die meisten, auf die Dauer alle.

(Bertolt Brecht aus: Leben des Galilei)



Die Luft ist zum Atmen da...

„Der Bevölkerung“ steht in großen Lettern im Bundestag. Aber im Autoland Deutschland hat es die Politik wissentlich versäumt, die gesundheitlichen Folgen des Fahrens zu mindern und der Autoindustrie verbindliche Vorgaben zu machen. Die Zahl der Verkehrstoten sinkt zwar, aber die Zahl der durch Feinstaub Verstorbenen steigt weiter. Studien gehen von über 6000 Menschen aus, die jährlich durch Autoabgase sterben, wie die Greenpeace-Aktion zeigen soll (Foto). Die Europäische Union fordert die Regierung seit langem auf, endlich zu reagieren. Die Idee aus dem Verkehrsministerium, in belasteten Städten den Nahverkehr zum Nulltarif und damit die Autofahrer*innen in Busse und Bahnen zu drängen, sind leider gescheitert. Farbplaketten und Abgasfilter wurden von Ex-Verkehrsminister Dobrindt abgelehnt. Mit dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts sind nun die Städte gefordert und in der Lage, „Luftschutz-Zonen“ und Fahrverbote einzuführen. Stadtbewohner*innen können jetzt aufatmen; außer Dieselfahrer.

